

# Der Freisinn FDP

Nr. 9  
September 1986  
8. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Thematischer Schwerpunkt hängiger Initiativen

## Verkehrspolitik – neues Politthema?

Von den 21 eidgenössischen Volksinitiativen, die Mitte Jahr gültig eingereicht, aber dem Souverän noch nicht im Rahmen einer Volksabstimmung unterbreitet worden waren, betreffen allein deren sieben das Thema Verkehrspolitik. Zahlenmässig ist damit der öffentliche und individuelle Verkehr zum eindeutigen Schwerpunkt der Volksbegehren geworden, wobei die inhaltlichen Gegensätze kaum augenfälliger sein könnten.

Eifrigster Produzent eidgenössischer Verkehrsinitiativen ist unbestritten der Autojournalist Bernhard Böhi, Basel, auf dessen Konto gleich drei gültig zustandgekommene Begehren gehen.

### Autobahnvignette und Tempolimiten

Auf grosses Echo bereits im Unterschriftenstadium ist seine Volksinitiative «pro Tempo 130/100» gestossen, die Mitte Januar 1985 mit 256 207 gültigen Unterschriften eingereicht wurde. Ins Visier genommen werden die heute gültigen Tempolimiten, die neu verfassungsmässig auf 130 km/h für Autobahnen und 100 km/h für Autostrassen ausserorts verankert werden sollen. Unterstützt wird diese Initiative von den Automobilverbänden ACS und TCS. Der Bundesrat wird Mitte nächsten Jahres seine Botschaft auszuarbeiten haben.

Kurz vor den Sommerferien hat Böhi seine ebenfalls vom ACS unterstützte Initiative «für die Abschaffung der Autobahnvignette» eingereicht. Zu diesem bekannten Thema wird also der Souverän innert weniger Jahre

nochmals Stellung nehmen können.

### Schwerverkehr – Thema zweier Initiativen

Ebenfalls in weiten Kreisen nicht akzeptiert wurde der Entscheid betreffend Schwerverkehrsabgabe, der die Lancierung von zwei gleichgerichteten Volksinitiativen auslöste. Nicht zustande gekommen ist die Volksinitiative «gegen die verfehlte Schwerverkehrsabgabe des Bundes» der Sektion Bern der Routiers Suisse, deren Sammelfrist am 15. Juli 1986 unbenützt abgelaufen ist. Wiederum erfolgreich dagegen war Böhi mit seiner Initiative «zur Abschaffung der Schwerverkehrsabgabe».

Bereits im Oktober 1982, also noch vor der Abstimmung über die Schwerverkehrsabgabe, wurde vom Verkehrsclub der Schweiz (VCS), von der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz, dem WWF Schweiz, dem Schweizer Heimatschutz, dem Schweizerischen Bund für Naturschutz und dem Eisenbahnverband die Initiative «für eine gerechte Belastung des Schwerverkehrs» einge-

reicht. Inzwischen ist die Schwerverkehrsabgabe zu einem politischen Dauerthema geworden. Bundesrat und eidgenössische Räte empfehlen Ablehnung der VCS-Initiative, nicht zuletzt darum, weil sie noch eine Verschärfung der erst seit kurzem geltenden Schwerverkehrsabgabe bedeuten würde. Das Volksbegehren des VCS kommt im Dezember 1986 zur Abstimmung.

### Attacke gegen den Nationalstrassenbau

Ins Kreuzfeuer der Kritik geraten ist auch der Nationalstrassenbau bzw. die Realisierung der noch fehlenden Teilstrecken. Ein typisches Beispiel einer Reaktion aus «regionaler Betroffenheit» heraus ist die Initiative «für die Rettung des Simmentals vor Nationalstrassen», hinter der Franz Weber als treibende Kraft steht. Der Nationalrat ist in der März-Session der bundesrätlichen Botschaft gefolgt und lehnt die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Die kleine Kammer dürfte kaum eine andere Position einnehmen.

Im Februar 1986 eingereicht wurde die Initiative «Stopp dem Beton – für eine Begrenzung des Nationalstrassenbaus». Gemäss diesem Volksbegehren dürfte der Umfang des heutigen Strassennetzes nicht mehr weiter ausgedehnt werden. Neue Strassen und Strassenweiterungen könnten nur noch realisiert werden, wenn im gleichen Umfang bestehende Strassen in der selben Region einem andern Zweck zugeführt würden. Radikaler könnte das Thema wohl kaum mehr angepackt werden. Initianten sind die Linksparteien Poch, SAP, PSA, die Grüne Partei sowie Franz Weber.

Der Nationalstrassenbau dürfte aber noch Gegenstand weiterer Initiativen sein. So verlangt

Fortsetzung auf Seite 2

FDP-Präsident Hunziker zu neuen Technologien und «Tschernobyl»

## «Menschliches Wissen und Tun ist immer Stückwerk»

In seiner Begrüssungsansprache zur FDP-Tagung über die neuen Technologien trat Parteipräsident Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau) nicht nur auf das Tagungsthema ein, sondern stellte auch einen Bezug zu «Tschernobyl» her. Nachstehend ein Auszug aus seinen Ausführungen:

Die Meinungen über die neuen Technologien gehen weit auseinander. Während einige sie als unabdingbare Voraussetzung zur Modernisierung unserer Volkswirtschaft sehen und sich teilweise wie Technologiefreaks benehmen, beschwören andere den nahenden Weltuntergang. Der gegenwärtige Wandel wird widersprüchlich beschrieben. Symbol unserer Zeit ist für viele der Chip, wie es für eine andere Generation der Motor war. Andere sprechen vom Übergang aus der Eisenzeit in die Silizium-Ära und sehen allenthalben nur noch «Silicon Valleys». Noch andere sprechen gar vom gänzlichen Ende der industriellen Gesellschaft, welche durch die Herstellung von Gütern mittels körperlicher Arbeiten definiert wird.

### Unzutreffende Behauptungen und Mutmassungen

Die meisten solcher Mutmassungen gehen von der Annahme aus, dass sich die Entwicklung der Technik verselbständigt habe, dass wir sie sozusagen nicht mehr im Griff hätten. Andere vertreten die Ansicht, dass der internationale Wettbewerb auch die Schweiz zwingt, jeder Technik um jeden Preis nachzulaufen. Diese Behauptungen und Mutmassungen erscheinen mir unzutreffend, vor allem wenn man sie in ihrer Absolutheit stehenliesse. Darüber hinaus halte ich sie für gefährlich, weil sie die bereits bestehenden, spürbaren Widerstände gegen die neuen Technologien zu verhärten drohen und diese möglicherweise zu einem Objekt ideologischer Auseinandersetzungen werden lassen. Das aber hätte zur Folge, dass wir das Gespräch über die Gestaltung unserer Zukunft in einer Informationsgesellschaft aufs Spiel setzen würden. Mit ihrer Tagung will die FDP einen Beitrag dazu leisten, nicht nur zu informieren, sondern eben dieses Gespräch aus liberaler freisinniger Sicht zu führen.

### Kein absolutes Nein gegen den Fortschritt

Die Partei will aber auch zum Ausdruck bringen, dass wir Freisinnigen offen sind gegenüber neuen Entwicklungen und zugleich bereit, nach Lösungen zu suchen. Denn als Liberale sind

wir Freisinnigen nicht gegen den technischen Fortschritt, sondern befürworten ihn, wenn er die Lebensqualität steigert, die Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen und der Gesellschaft fördert, den Wohlstand mehrt und dabei Rücksicht auf die Umwelt und die natürlichen Ressourcen nimmt. Wie wir in unserem Parteiprogramm «Grundsätze des modernen Liberalismus» festhalten, «kann der Umgang mit technischen Errungenschaften wesentlich darüber entscheiden, ob der Mensch die Freiheitschancen in der modernen Welt ergrift oder verfehlt».

### «Tschernobyl» – ein Fanal

Die technisch-industrielle Entwicklung wirkt sich nicht nur allein auf unsere materiellen, sondern ebenso nachhaltig auf unsere sozialen, politischen und kulturellen Lebensgrundlagen aus. Dies gilt nicht nur im Bereich der neuen Technologien, sondern auch der heute angewandten. Diese Tatsache ist uns durch «Tschernobyl» mit aller Deutlichkeit in Erinnerung gerufen worden. Dieses Unglück hat in breiten Bevölkerungskreisen eine ungewöhnliche Betroffenheit und Unsicherheit ausgelöst. «Tschernobyl» hat Grenzen und Grenzwerte menschlichen Tuns aufge-deckt.

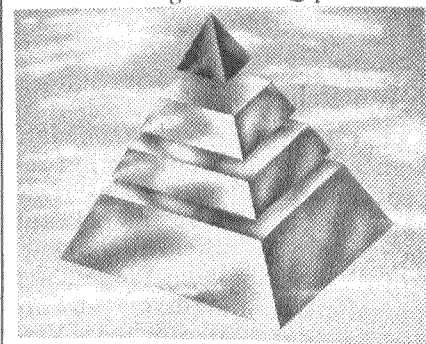
Ich möchte nicht den Resultaten einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Nationalrat Kaspar Villiger vorgreifen. Diese erarbeitet auf die für die Herbstsession der eidgenössischen Räte an-

Fortsetzung auf Seite 6



Lebhaft ging es in den Arbeitsgruppen sowie in der Plenumsdiskussion bei der von der FDP der Schweiz organisierten Tagung über neue Technologien her. Diese «Freisinn»-Ausgabe informiert über diese Tagung. Auf unserem Bild (v. l. n. r.) Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Generalsekretär Hans-Rudolf Leuenberger, Parteipräsident Nationalrat Dr. Bruno Hunziker sowie Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi. Im Hintergrund Teilnehmer des Podiumsgesprächs. (Photo ruti)

SKA Anlage-Service plus.



Wir leisten mehr, damit Sie an der Spitze sind.



SCHWEIZERISCHE  
KREDITANSTALT  
SKA

Nicht nur der arabisch-israelische Konflikt

## Unruhiger Naher Osten

Der Nahe Osten und sein näheres Umfeld – bis hin nach Nordafrika und Zentralasien – sind voller Konflikte. Der arabisch-israelische ist nur einer davon. Zu vermerken gibt es derzeit vier heisse Kriege, so in Afghanistan, im Golfgebiet, in Libanon, in der West-Sahara. Politische, wirtschaftliche, rassische und soziale Spannungen können sich jederzeit zu blutigen Auseinandersetzungen, zu Bürgerkrieg und Revolution steigern. Ein Bericht von Jacques Baumgartner:

Der Aufstand junger Bereitschaftspolizisten im vergangenen Februar in Ägypten war lediglich ein Gekräusel an der Oberfläche. Im Innern des bevölkerungsstärksten arabischen Staates (46 Millionen Menschen) gärt es gefährlich weiter. Extremistischer islamischer Fundamentalismus fasst immer mehr Fuss. Noch kann sich Staatspräsident Hosni Mubarak auf die 315 000 Mann starke Armee verlassen und ist ihm Verteidigungsminister Abdul Halim Abu Ghazala loyal ergeben. Spitzt sich aber die Krise zu, so ist nicht auszuschliessen, das Ghazala putscht und Mubarak stürzt.

Ägypten steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise. Radikale Reformen könnten helfen. Aber die Regierung getraut sich beispielsweise nicht, drastisch die Subventionen für Grundnahrungsmittel zu kürzen. Das hätte Preissteigerungen zur Folge... und wahrscheinlich einen Volksaufstand. Nahezu 40 Millionen Ägypter sind in der einen oder anderen Form stille Empfänger staatlicher Beihilfen, die ihnen ein Minimum an Lebensstandard sichern.

Die Wirtschaftsmisere nährt gewissermassen den Zulauf zu den Radikalen. Al-Ikhwān al-Muslimūn ist die bedeutendste islamische Organisation mit politischen Aspirationen. Sie darf aber keine eigene politische Partei bilden. Al-Ikhwān (eher bekannt als Muslimische Bruderschaft) unterläuft andere Parteien, so die Liberale und die Umma-Partei. Schon kontrolliert sie einen Flügel der Neuen Wafd-Partei, der gewichtigsten Oppositionsgruppe. Al-Ikhwān gewinnt zudem zunehmend an Einfluss in der regierenden Nationalen Demokratischen Partei.

### Horn von Afrika

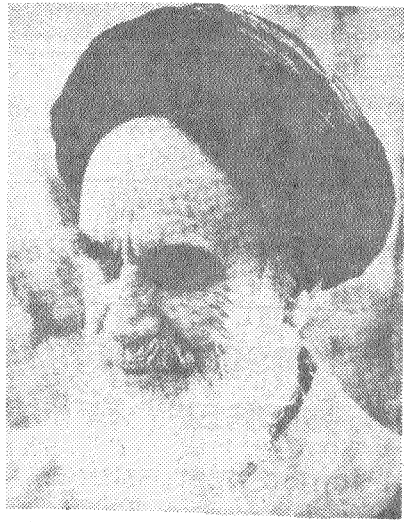
In Somalia, wegen seiner strategischen Bedeutung (Rotes Meer, Indischer Ozean, Ostafrika, Nahost-Erdölzentrum) sowohl von den Vereinigten Staaten als auch von der Sowjetunion begehrt, steht ein Machtwechsel bevor. Die bange Frage ist, ob er sich ruhig vollzieht. Seit einem Auto-unfall im vergangenen Mai erschien der 70jährige Siad Barre

Fortsetzung von Seite 1

eine von diversen Umweltschutzorganisationen unter Federführung des VCS geplante Initiative ein 12jähriges Moratorium im Nationalstrassenbau.

### Populärer öffentlicher Verkehr

Der öffentliche Verkehr bedarf keiner Lanze mehr, die für ihn gebrochen werden müsste. Das ganze Parteienspektrum bekennt sich zum öffentlichen Verkehr. Auf dieser populären Welle reitet auch die LdU-Initiative «zur Förderung des öffentlichen Verkehrs», kurz SBB-Initiative genannt, die im Februar 1986 eingereicht wurde. Einzelne Zielsetzungen dürften dabei kaum bestritten sein, der eingeschlagene Weg erscheint aber zu radikal und einseitig und würde eine Konkurrenz von Strasse und Schiene verhindern.



Khomeini: Wer folgt ihm nach?

nicht mehr in der Öffentlichkeit. Ein aus vier hohen Offizieren gebildeter Präsidentenrat regiert derzeit. Barre gelangte 1969 durch Putsch an die Macht. Er war der erste afrikanische Politiker, der mit dem Kreml einen Pakt schloss.

Als möglicher Nachfolger wird sein Protégé, Verteidigungsminister Ali Samantar, genannt. Dieser gilt als pragmatisch und weder rechts noch links stehend. Seine militärische Ausbildung erhielt er in der Sowjetunion. Samantar unterstützte Barre beim Frontwechsel – weg von den Sowjets, hin zu den Amerikanern –, als sich Moskau 1977/78 im Ogaden-Krieg vertragsbrüchig auf die äthiopische Seite «schlug». Somalias äthiopischer Nachbar will sich demnächst offiziell zur «Volksdemokratie» proklamieren. Zwischen den Nachbarn kommt es immer wieder zu Grenzschmützeln. In den nach Unabhängigkeit strebenden äthiopischen Provinzen Eritrea und Tigre führen die Marxisten in Addis Abeba mit kubanisch-sowjetischer Unterstützung seit Jahr und Tag einen erbitterten Kampf gegen Guerillas (denen bis zum Sturz des Negus Negesti, Kaiser Haile Selassie, 1974 die Sowjetunion beistand). Äthiopien unterstützt auch die Aufständischen in Süd-Sudan.

### Irak - Iran

Der sogenannte Golfkrieg, den der Irak vom Zaune riss, geht am 21. September ins siebente Jahr. In den vergangenen zwölf Monaten verlief er «ruhiger». «Nur» etwa 60 000 Soldaten sollen auf beiden Seiten gefallen sein. Seit Kriegsausbruch dürften es eine Million sein.

Das siebente Kriegsjahr dürften die Iraner mit einer Grossoffensive eröffnen; sie könnte die entscheidende sein. Die arabischen Staaten fürchten, eine Welle radikalen islamischen Fundamentalismus könnte sie danach erfassen und ihre Regime hinwegfegen.

Ein vergessener Krieg ist auch jener der Iraker, Iraner, Syrer und Türken gegen die Kurden. Zehn Millionen Kurden leben in den Berggebieten hauptsächlich im Nordirak, im nordwestlichen Iran, in der südöstlichen Türkei. Kleinere Bevölkerungsgruppen sind in Syrien, der Sowjetunion und Libanon heimisch. Kurdische Nationalisten wollen einen eigenen Staat.

### Jordanien, Syrien, Libanon

König Hussein II. von Jordanien gilt als Überlebenskünstler. Un-

### Ist der Verzicht auf die Kernenergie verantwortbar?

Ende der sechziger Jahre lernte ich die Kernenergie kennen und kam zur Auffassung, dass sie geeignet ist, einen Teil unseres Energiebedarfes auf umweltfreundliche Art zu decken und uns nach und nach von der einseitigen Erdölabhängigkeit zu lösen. In den letzten 16 Jahren habe ich mich aus innerer Überzeugung an der Front für die Kernenergie eingesetzt.

\*\*\*

Das Unglück von Tschernobyl machte mich nachdenklich. Ist die Kernenergie doch nicht so sicher, wie meine Kollegen von der technischen Seite stets beteuerten? Nach allem, was ich heute weiss, bin ich zum Schluss gekommen, dass die Kernenergie trotz Tschernobyl notwendig und verantwortbar ist. Unverantwortbar wäre dagegen eine überstürzte Abkehr insbesondere dann, wenn die Schweiz diesen Schritt isoliert vollziehen würde.

\*\*\*

Die Russen treiben ihr Atomprogramm – wie sie selber unmissverständlich bekanntgegeben haben – auch nach dem Unglück von Tschernobyl, ohne mit der Wimper zu zucken, weiter. Die anderen Blöcke von Tschernobyl, die die gleiche Bauart aufweisen wie der Unglücksreaktor, werden weiter betrieben. Wenn nun einer glaubt, die Westeuropäer, vor allem auch wir Schweizer, würden gegen den Weiterbetrieb der wesentlich weniger sicheren russischen Kernkraftwerke Sturm laufen, so täuscht er sich: Der Protest der Atomgegner richtet sich nicht gegen die russischen, sondern gegen die schweizerischen und westeuropäischen Kernkraftwerke, die einen unvergleichlich höheren Sicherheitsstandard aufweisen und bei denen ein gleiches Unglück wie in Tschernobyl erwie-

senermassen nicht passieren könnte.

\*\*\*

Solange das benachbarte Ausland die Kernenergie weiter nutzt und noch ausbaut, wäre ein Verzicht auf die Kernenergie in der Schweiz unter den Gesichtspunkten Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Auslandsabhängigkeit unvernünftig. Wir wären gezwungen, den Strom aus ausländischen Anlagen an unseren Grenzen zu beziehen, was die Österreicher bereits tun. Sie nahmen das fertiggestellte Werk Zwentendorf nicht in Betrieb, importieren jedoch den Strom aus tschechischen Kernkraftwerken sowjetischer Bauart, die kaum weiter von Wien entfernt stehen als Zwentendorf!

Tschernobyl kann auch nicht Anlass dafür sein, auf die nukleare Fernwärmeversorgung zu verzichten. Refuna wie auch die geplanten Fernwärmenetze Transwal und Fola werden weitgehend durch die in Kernkraftwerken anfallende Abwärme gespeist. Solange diese Kernkraftwerke ohnehin in Betrieb stehen, besteht keinerlei Anlass, diese neben der Stromproduktion nicht auch noch zur Fernwärmeversorgung zu nutzen. Selbst ein der Kernenergie gegenüber kritisch eingestellter Bürger muss sich doch folgendes sagen: Wenn die Kernkraftwerke schon betrieben werden, so ist es sinnvoll, deren Wirkungsgrad soweit als möglich zu erhöhen, die Abgabe von Abwärme an die Umgebung zu verringern und den umweltbelastenden Ölverbrauch zu reduzieren.

\*\*\*

Am 20. März 1985 haben die eidgenössischen Räte mit der Genehmigung der Rahmenbewilligung grundsätzlich und politisch grünes Licht für die Real-

sierung des Kernkraftwerkes Kaiseraugst erteilt. Die Rechtslage ist demnach klar. Diese Rechtslage könnte geändert werden, wenn die eidgenössischen Räte im Herbst dem Bundesrat den Auftrag zum Widerruf der Rahmenbewilligung erteilen würden. In diesem Fall würden dann Entschädigungsfragen im Vordergrund stehen.

Bevor mit dem Bau auf dem Gelände begonnen werden kann, muss das nukleare Bau-bewilligungsverfahren abgewickelt werden. Im Rahmen dieses Verfahrens muss nachgewiesen werden können, dass das Projekt Kaiseraugst dem neuesten Stand der Sicherheitsforderungen entspricht. Und in dieses Prüfverfahren haben selbstverständlich die Erkenntnisse von Tschernobyl einzufließen. Was aus diesem Vorfall gelernt werden kann, muss gelernt werden, aber hierfür braucht es nunmehr sofortige grösste Anstrengungen und weder ein Moratorium noch eine «Denkpause», die ausser zu Verzögerungen zu nichts führen.

\*\*\*

Tschernobyl hat mich veranlasst, die Problematik neu zu überdenken. Auf Grund der heutigen Erkenntnisse bin ich zum Schluss gekommen, dass ein Verzicht auf die Kernenergie im allgemeinen und auf Kaiseraugst im speziellen für unser Land und unser Volk schädlich und deshalb nicht zu verantworten wäre. Wir dürfen uns nicht von gegenwärtigen Emotionen leiten lassen, sondern müssen nüchtern und sachlich abwägen, um die für unser Land richtige Lösung zu treffen. Die kann nur lauten: Unsere Kernkraftwerke müssen weiterhin zu den sichersten der Welt gehören. Wenn wir diese Gewissheit haben, dann dürfen und müssen wir sie weiter betreiben.

Ulrich Fischer, FDP-Grossrat, Seengen AG

zählige Male wurde nach seinem Leben getrachtet. Er kann sich vor seinem israelischen Nachbarn sicherer als vor seinem syrischen wahren.

Derzeit wirbt Hussein um die Gunst der politisch nicht eindeutig engagierten Palästinenser in den israelisch besetzten Gebieten (Westjordanland, Gasastreifen). Das heisst, um jene, die nicht in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) von Yassir Arafat ihren «legitimen Vertreter» sehen. Zusammen mit ihm wohlgesonnenen Palästinensern möchte der Monarch mit Israel ins (Friedens-)Gespräch kommen.

Nach dem von Israel während des Libanon-Krieges (1982) erteilten Schlägen und erlittenen Materialverlusten ist die syrische Armee mit modernstem Kriegsgerät von der Sowjetunion wieder ausgerüstet worden. Staatschef Assad scheint unter Druck seiner Generale zu stehen, die Waffen einzusetzen und die von Israel seit dem Sechstagekrieg von 1967 besetzten Golanhöhen zurückzuerobern. Er könnte auf diese Weise versuchen, von internen Problemen abzulenken: Die Wirtschaftslage ist angespannt. Zudem kürzten die vom Preiseinbruch beim Erdöl betroffenen arabischen Erdölstaaten die «brüderlichen» Beihilfen. Ferner regt sich wieder Widerstand seitens der Muslimischen Bruderschaft, die zum Mittel des Terrors greift. Und im Libanon erwiesen sich bis anhin Assads Pläne als eine Pleite. Libanon ist zerrissen. Bomben und Blut seit über zehn Jahren: Christen gegen Christen, Moslems gegen Moslems, Moslems und Christen gegen Israel, gegen Syrer, gegen Palästinenser... Syrer zusammen mit Christen gegen Moslems, Palästinenser – Syrer und Moslems ge-

meinsam gegen Christen, Israeli und Palästinenser. Schon jede Variante ist «durchgespielt» worden.

Nach ihrer Vertreibung aus Jordanien 1970 liess sich die PLO in Libanon nieder, etablierte sich als Staat im Staate, bis sie von den Israeli 1982 in die «arabische Diaspora» gedrängt wurde. Die PLO-Präsenz führte zu wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Spannungen unter den libanesischen Schiiten, Sunniten, Christen und Drusen. Diese Spannungen entzündeten sich und mündeten in den Bürgerkrieg von 1975 aus, in dem die Syrer intervenierten, angeblich um zu befrieden.

### Libyen

Seit den amerikanischen Bombenangriffen gegen Terroristenlager im vergangenen März ist es stiller um den libyschen Diktator Muammar el-Ghadhafi, geworden. Auch um die libysche Wirtschaft steht es schlecht. Dazu tragen die empfindlich verminderten Erdöleinnahmen bei, ebenso der amerikanische Boykott. Diesem schliessen sich nun die Westeuropäer, wenn auch nach wie vor zögernd, an.

### Marokko

Im Wüstenkrieg der West-Sahara dürften seit 1975 10 000 marokkanische Soldaten und Kämpfer der Polisario-Front gefallen sein. Die Polisario möchte in dem ehemals spanischen Gebiet einen eigenen unabhängigen Staat errichten. Die West-Sahara ist reich an Phosphaten. Der Guerillakrieg laugt die marokkanische Wirtschaft aus. Die Spannung zwischen Rabat und Algier ist permanent, weil Algerien die Polisario-Guerillas mit Waffen unterstützt und ihnen Zuflucht gewährt. Die Front erhielt früher

auch libyschen Beistand. König Hassan II. von Marokko erkaufte sich Ruhe von Ghadhafi, indem er vor zwei Jahren in eine «Union» mit Libyen einwilligte. Aber die ungleiche Ehe ist gewissermassen noch nie vollzogen worden...

### Süd- und Nordjemen

Im «sowjetischen» Süden ist die Lage nach der blutigen Ausmarschierung unter Marxisten im vergangenen Januar nach wie vor un stabil. Ein Neuaufflammen des Bürgerkrieges ist jederzeit wieder möglich. Bei den Kämpfen zu Jahresanfang kamen in Aden offiziell 10 000 Menschen ums Leben.

Derweil klagt Nordjemen über dauernde, bewaffnete Grenzverletzungen seitens des Südens. Die Scharmützel könnten sich zum Krieg ausweiten, mit dem Ziel, das benachbarte Saudiarabien in die Auseinandersetzung zu verstricken.

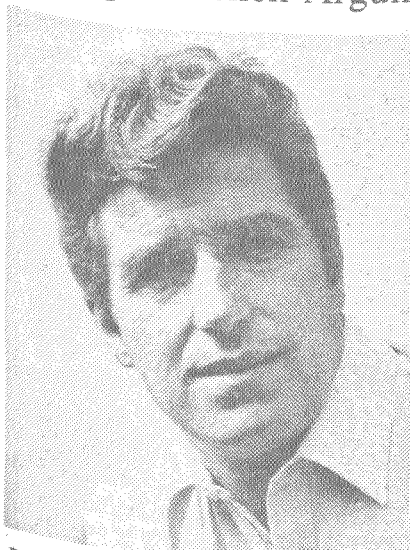
### Zypern

Seit 1974 ist die Mittelmeerinsel in einen türkischen Nord- und einen griechischen Südtel geteilt. Eine Wiedervereinigung ist nicht in Sicht. Vergeblich mühten sich bis anhin die Vereinten Nationen (Uno), zwischen Griechisch- und Türkischzyprioten zu vermitteln. Die wirtschaftliche, ethnische und religiöse Kluft scheint unüberbrückbar zu sein. Uno-Truppen hüten den Frieden, die Grenze zwischen Nord und Süd. Die türkische Invasion der Insel hatte indirekt zur Folge, dass die Militärdiktatur in Griechenland 1974 abdankte. Die Teilung Zyperns ist aber heute nach wie vor Grund anhaltenden Streits und Misstrauens zwischen Athen und Ankara. Beide Partner sind im westlichen Verteidigungsbündnis der Atlantischen Allianz (Nato).

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 28. September

**Vernünftiger Zuckerbeschluss**

Als «vernünftig» bezeichnet FDP-Nationalrat Karl Tschuppert, Ettiswil LU, den neuen Zuckerbeschluss, weshalb er für dessen Zustimmung eintritt. Er begründet seine Haltung nachstehend nicht nur mit landwirtschafts-, sondern auch mit finanzpolitischen Argumenten:



Der Zuckerbeschluss ist die gesetzliche Grundlage für die schweizerische Zuckerrubrik. Er regelt den Anbau und die Verarbeitung der Zuckerrüben sowie die Verwertung des Zuckers. Mit der neuen Ordnung kann die schweizerische Landwirtschaft den Inlandanteil an der Bedarfsdeckung etwas erhöhen von bisher 45 Prozent auf rund 55 Prozent. Das ist durchaus vernünftig, weil Zuckerrüben für Boden und Fruchtfolge, zur Vergrößerung der Ackerfrüchte-Anbaufläche, zur Sicherung der Landesversorgung und zur Entlastung der viehwirtschaftlichen Produktion eine wertvolle Kultur sind. Gleichzeitig will sich die Bundeskasse um rund 20 Millionen Franken entlasten, was eine tragbare Mehrbelastung des Konsumenten von ungefähr sechs Franken pro Kopf und Jahr zur Folge hat. Im Vergleich mit Nachbarländern werden auch mit der neuen Ordnung unsere Konsumenten den billigsten Zucker haben.

**Milch- und Fleischmarkt entlasten**

Weltweit wird heute Jahr für Jahr mehr Zucker produziert als konsumiert. Entsprechend tief ist der Weltmarktpreis, der in jüngster Zeit immer mehr von spekulativen Elementen und von Überschuss-Verschleuderungsaktionen geprägt ist. Wer aber glaubt, unser kleines Land könne mit seiner Zuckerpolitik Probleme von solchen Dimensionen lösen, täuscht sich.

In unserem Land haben nur dann möglichst viele Bauernbetriebe eine Überlebenschance, wenn es gelingt, die bei uns noch vorhandenen Produktionsmöglichkeiten auszuschöpfen. Diese Forderung gewinnt angesichts der Verwertungsprobleme bei Milch und Fleisch immer mehr an Bedeutung. Von dieser Seite betrachtet, haben wir alles Interesse an einer Ausdehnung der Zuckerrübenproduktion. Auf einem Gebiet also, auf welchem die Selbstversorgung des Landes bei weitem nicht erreicht ist.

Mit der Absicht, die zusätzliche Rübenmenge insbesondere

Familienbetrieben zuzuteilen, die ihre Milchproduktion einschränken oder ganz einstellen, hilft der neue Zuckerbeschluss, den Milchmarkt zu entlasten. Diese Überlegung haben Bundesrat und die grosse Mehrheit der eidgenössischen Räte gemacht, als sie mit der neuen Zuckerordnung der Ausdehnung des Anbaues von Zuckerrüben zustimmten.

**Landwirtschaftspolitik à la Migros?**

Nun hat aber die Migros als Grossverteiler das Referendum gegen den neuen, vernünftigen Zuckerbeschluss ergriffen. Mangels stichhaltiger Argumente gegen die revidierte Vorlage polemisieren die Gegner im Abstimmungskampf gegen die schweizerische Agrarpolitik und somit letztlich gegen die Bauern. Es bestreitet niemand, dass die Landwirtschaft in einigen Produktionsbereichen mit Absatzproblemen zu kämpfen hat. Gerade deshalb

braucht es Produktionsalternativen wie die Zuckerrübe, wo die Gefahr von Überschüssen nicht besteht. Dafür aber die Verwertungssorgen bei anderen Produkten gemindert werden können.

Natürlich könnten zurzeit praktisch alle Agrarprodukte billiger aus dem Ausland bezogen werden, wenn der Konsument bereit ist, auf die tägliche Frische der Nahrungsmittel zu verzichten und die einheimische Landwirtschaft preisgeben will. Also ganz im Sinne der sogenannten neuen Agrarpolitik von Migros und Landesring, denen Tiefpreise wichtiger sind als eine minimale Selbstversorgung und ein gesunder Bauernstand.

**Es geht nur um den Zuckerbeschluss**

Daran ist zu denken, wenn am 28. September an der Urne über eine vernünftige Neuordnung des Zuckerbeschlusses zu entscheiden ist. Deshalb stimme ich mit Überzeugung Ja. Dies ist gleichzeitig eine Absage an die unverhältnismässige Migros/Landesring-Politik.

Und noch etwas: Wer glaubt, eine Ablehnung des Zuckerbeschlusses an der Urne bedeute gleichzeitig ein Einverständnis mit einer völligen Neuorientierung der schweizerischen Landwirtschaftspolitik, ist falsch informiert. Es geht am 28. September nur um den Zuckerbeschluss.

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 28. September

**Gegenvorschlag zur Kulturinitiative verdient Unterstützung**

FDP-Nationalrat Ernst Mühleemann, Ermatingen TG, erläutert, weshalb der Gegenvorschlag zur Kulturinitiative Unterstützung verdient. Gleichzeitig zeigt er die Gründe für ein Nein zum Volksbegehren auf:

Die Vertreter von 14 schweizerischen Kulturverbänden haben mit ihrer Kultur-Initiative eine politische Debatte ausgelöst, welche sich durch ihre geistige Dimension von der alltäglichen Auseinandersetzung abhebt. Es geht dabei um die Wahrung der kulturellen Vielfalt unseres Landes, die Unterstützung des künstlerischen Schaffens, die Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen In- und Ausland sowie die Pflege der Kulturdenkmäler. Erstaunlicherweise fanden diese wichtigen Postulate keinen Eingang in die Bundesverfassung von 1848, so dass heute eine gesetzliche Grundlage für die Kulturpflege fehlt.

Die Urheber der Kulturinitiative verlangen in unrealistischer Weise das sogenannte Kulturprozent und damit einen starr fixierten Anteil an den Bundesausgaben, der sich jetzt auf etwa 200 Millionen Franken im Jahr belaufen dürfte. Dieser finanzpolitische Schematismus muss aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt werden, da ein solches Prinzip den Weg zu einer unflexiblen und wenig situationsgerechten Finanzpolitik öffnen würde. Zweitens wäre damit auch die Gefahr verbunden, dass die Kulturförderung einen zu zentralistischen Anstrich bekäme und durch eine schwerfällige Kulturbürokratie geprägt sein könnte.

**Es braucht einen Kulturartikel in der Bundesverfassung**

Hartnäckige Opposition erwächst dem Kulturartikel aus dem Lager der Erzföderalisten. Die Vertreter dieser konservativen Strömung betrachten die Kulturförderung als alleinige Domäne von Gemeinden sowie Kantonen und meinen deshalb, dass die bisherige Praxis genüge, um gelegentliche Bundesverpflichtungen zu erfüllen. Solcher Kulturminimalis-

mus muss abgelehnt werden, da er den Anforderungen unserer Zeit nicht mehr entspricht. So gilt es, die kulturelle Präsenz der Schweiz im Ausland besser wahrzunehmen als bis anhin. Diese aussenpolitische Aufgabe kann nicht an Kantone oder Gemeinden delegiert werden, sondern fällt eindeutig in die Kompetenz des Bundes. Im weiteren gibt es nationale Kulturaufgaben, die den kantonalen Raum sprengen und, wie etwa bei einer Landesausstellung, Bundeshilfe erheischen. Es bestehen in unserem vielsprachigen Land aber auch regionale Probleme, die landesweite Auswirkungen haben und der zentralen Koordination bedürfen. Bundesrat und Parlament sind mit den Initianten der Kulturinitiative einig, dass eine verfassungsmässige Verankerung der kulturpolitischen Förderung auf Bundesebene notwendig ist.

**Unbedenklicher Gegenvorschlag**

Nach einigem Hin und Her entstand deshalb im Parlament ein realitätsbezogener Gegenvorschlag, dem man unbedenklich zustimmen kann. Er besteht aus einem zurückhaltenden Absichtartikel: «Bei der Erfüllung seiner Aufgaben berücksichtigt der Bund die kulturellen Bedürfnisse aller Teile der Bevölkerung sowie die kulturelle Vielfalt des Landes.» Mit dieser Aussage bekennt man sich zur föderalistischen Struktur der Schweiz und weist darauf hin, dass die Kultur im kleinen geographischen Raum entsteht und im Staat von unten nach oben wächst. Der zweite Teil der Verfassungsgrundlage enthält einen sehr vorsichtigen Förderungsartikel: «Der Bund kann die Kulturförderung der Kantone sowie der Privaten unterstützen und eigene Massnahmen treffen.» Mit dieser Kann-Formulierung wird klar festgehalten, dass der Bund

Abstimmungsparolen der FDP der Schweiz

**Zwei Nein und zwei Ja**

Nein zur Kulturinitiative, aber Ja zum Gegenvorschlag zu diesem Volksbegehren, Nein zur Lehrwerkstätten-Initiative und Ja zum Zuckerbeschluss. Diese Abstimmungsempfehlungen traf der Delegiertenrat der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP). Mit ihren Parolen findet sich die FDP in Übereinstimmung mit den Anträgen von Bundesrat und eidgenössischen Räten. Die Vorlagen gelangen am 28. September zur Abstimmung.

In der Diskussion über die Kulturinitiative wurde diese als zu zentralistisch und antiföderalistisch bezeichnet. Auf Widerstand stiess auch der mit diesem Volksbegehren verlangte Finanzierungsmodus mit einem Prozent der im Finanzvorschlag des Bundes vorgesehenen Gesamtausgaben, weil mit einer solchen starren Finanzierungsregel ein Automatismus und ein Präjudiz geschaffen würden. Zustimmung fand hingegen der Gegenvorschlag, weil dieser die tragende Rolle von Privaten sowie Kantonen und Gemeinden in der Kulturförderung respektierte und auf das Kulturprozent verzichtete. Der Gegenvorschlag sei zudem ein Bekenntnis zur Bedeutung des Kulturschaffens in seiner ganzen breiten, vielfältigen Form. Dieser wurde von Ständerat Franco Masoni (FDP, TI) und Nationalrat Ernst Mühleemann (FDP, TG) erläutert. Der Zentralsekretär der Liberalen Partei, Philippe Boillod, fand für seinen Antrag, sowohl Initiative wie Gegenvorschlag abzulehnen, keine Unterstützung: Im FDP-Delegiertenrat wurde mehrheitlich die Ansicht vertreten, dass ein Verfassungsartikel über die Kultur notwendig sei.

Befürwortet wurde der Zuckerbeschluss vor allem deshalb, weil er den schweizerischen Bauern eine sinnvolle Anbaumöglichkeit

ohne Produktionsüberschüsse bringe. Die Vorlage sei, wurde argumentiert, nicht nur eine Alternative zur Milch- und Fleischproduktion, sondern solle vor allem Klein- und Mittelbetrieben zugute kommen. Darüber hinaus wirke sie produktionslenkend. Auch aus finanzpolitischen Gründen wurde für ein Ja geworben, damit der vorgeschlagenen Neuerung auf eine Giesskannen-Subvention zugunsten der Bundeskasse verzichtet werde. Für den Zuckerbeschluss referierten die Nationalräte Pierre Savary (FDP, VD) und Dr. Walter Zwingli (FDP, SG), während Heidi Walker vom Schweizerischen Konsumentenforum die Haltung der Gegner vertrat.

Keine Unterstützung fand im FDP-Delegiertenrat die Lehrwerkstätten-Initiative. Diese wurde als unehrlich, finanziell masslos sowie schädlich für die Aus- und Weiterbildung bezeichnet. Zugleich wurde hervorgehoben, dass sich das schweizerische Berufsbildungssystem mit seiner Betriebs- oder Meisterlehre ebenso wie das erst vor wenigen Jahren in Kraft gesetzte neue Berufsbildungsgesetz bewährt hätten. Die Gründe für die Ablehnung dieses Volksbegehrens wurden von Ständerat Gaston Brahier (FDP, JU) sowie Nationalrat Titus Giger (FDP, SG) erläutert.

dort einspringen sollte, wo kulturelle Bedürfnislücken bestehen. Mögliche Förderungsmaßnahmen sind auf drei Aktionsfeldern denkbar, nämlich dort, wo die Kantone überfordert werden, dort, wo private Institutionen der Sekundärhilfe bedürfen, und dort, wo der Bund seine eigenen Zuständigkeiten ausbauen sollte.

**Mäzenatentum fördern**

Mit dem Gegenvorschlag wird klargemacht, dass der Staat, ähnlich wie in der Wirtschaft oder bei den Medien, nicht die Hauptaufgabe übernehmen darf, sondern sich auf flankierende Unterstützungsmaßnahmen beschränken sollte. Als Ergänzung zum Kulturartikel wurde von der nationalrätlichen Kommission eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht: «Der Bundesrat wird beauftragt, mögliche Gesetzesvorhaben und Gesetzesänderungen für fiskalische Anreize zur Kulturförderung durch Private vorzulegen.» Diese Motion blieb in beiden Räten völlig unbestritten und wurde auch von Bundesrat und Verwaltung akzeptiert. Sie will private Kulturinitianten durch steuerliche Entlastung auf Bundesebene belohnen und damit das Mäzenatentum in wirksamer Weise so unterstützen, wie das schon sehr viele Kantone tun. Ein wirksames Mittel, das sich auch im Ausland bewährt hat, sind Steuererleichterungen für Mäzene, wie sie die Begleitmotion für den Kulturartikel vorsieht.

**Zusätzliche Aufgaben für Pro Helvetia?**

Es ist aber auch daran zu denken, dass vermehrte soziale Hilfe für Künstler notwendig wäre, denn

hier bestehen in unserer Wohlstandsgesellschaft die grössten Härtefälle. Im weitern könnte man, ähnlich wie beim Forschungskredit, Sonderfonds für kulturelle Innovationen bereitstellen. Besonders wichtig für jede kulturelle Aktivität sind die Starthilfen, wie Unterstützung durch Stipendien, Verleihung von Auszeichnungen oder Zurverfügungstellung von Ateliers. All diese Massnahmen sollen nicht nur durch die staatliche Verwaltung

Fortsetzung auf Seite 4

SBG – für uns schon lange die erste Bank.



**Boesch**  
Gartenbau 01 53 04 80  
Unsere Stärke  
grüne Werke

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 28. September

## Nein zu Eskapaden im Berufsbildungswesen

Der Name der Initiative – «für eine gesicherte Berufsbildung und Umschulung», kurz «Lehrwerkstätten-Initiative» – töne schön. Er sei aber so falsch und so verfehlt wie die darin gestellten Forderungen. Diese Ansicht vertritt FDP-Nationalrat Dr. Peter Aliesch (Chur), der deshalb die Initiative zur Ablehnung empfiehlt:

Hinter dem verbalen Schleier der Lehrwerkstätten-Initiative stehen handfeste gesellschaftsverändernde politische Interessen. Dies erstaunt allerdings wenig, wenn man weiss, wer das Volksbegehren lanciert hat, nämlich die Revolutionäre Marxistische Liga, die sich heute Sozialistische Arbeiterpartei nennt.

Der grösste Teil unseres beruflichen Nachwuchses wird heute bei uns in der Schweiz in einer Meisterlehre, die häufig auch als Betriebslehre bezeichnet wird, ausgebildet. Dabei erfolgt die praktische Ausbildung im Lehrbetrieb. Diese berufsspezifische

Ausbildung im Betrieb wird ergänzt durch die Vermittlung von theoretischen Berufskennntnissen und Allgemeinbildung in der Berufsschule. Die Lehrlinge besuchen in der Regel zudem noch ein- bis mehrwöchige Einführungskurse, in welchen sie grundlegende berufliche Fertigkeiten erlernen.

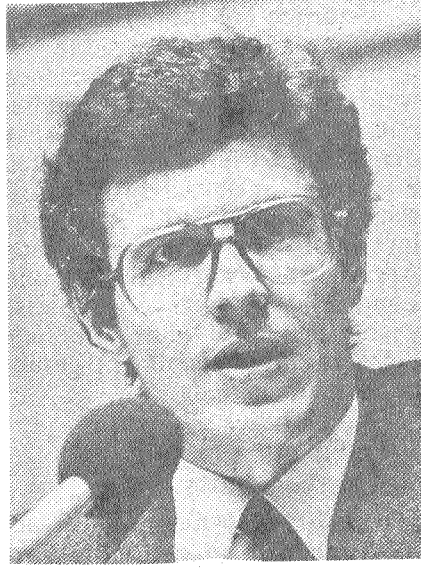
### Nicht im Interesse der Lehrlinge

Die Urheber der Lehrwerkstätten-Initiative geben vor, allen Jugendlichen eine gesicherte Berufsbildung zu garantieren. In Tat und Wahrheit ist es gerade erklärtes Ziel der Initianten, jene Voraussetzungen zu zerstören, welche Grundlage unseres hochstehenden Berufsbildungswesens sind. Um es deutlich zu sagen: Bei dieser Initiative steht nicht das Wohl der Jugend im Vordergrund. Vielmehr geht es um irgendwelche Ideologien und Systeme, deren Untauglichkeit sich überall zeigt, wo sie angewendet werden. Es kommt nämlich nicht von ungefähr, dass das Ausland unsere Meisterlehre, welche von den Bildungsstrategen lange Zeit belächelt wurde, seit einigen Jahren zu kopieren versucht.

### Die Meisterlehre hat sich bewährt

Sowohl von der Grundkonzeption wie von den Erfolgen her darf die praxisorientierte Berufsausbildung, wie wir sie in der Schweiz kennen, als vorbildlich bezeichnet werden. Das soll und darf nicht heissen, dass wir keine

weiteren Verbesserungen in der Berufsbildung anstreben müssen – im Gegenteil. Tagtäglich werden denn auch in der gewerblichen und kaufmännischen Aus- und Weiterbildung grosse An-



strengungen unternommen. Hier, sei dies nun in den Betrieben, in den Berufsschulen oder Verbänden, wird nicht nur nachgedacht, sondern es wird auch gehandelt. Dazu brauchen wir die Initiative nicht.

### Nein zur Verstaatlichung der Berufsbildung

In der praktischen Ausbildung im Betrieb wird echte Bildungsarbeit geleistet. Bildung ist ja nicht abhängig vom Wissen, sondern vom Grad der Verarbeitung. Tragen wir also Sorge zu unserer Meister- oder Betriebslehre, und hüten wir uns vor jenen bildungspolitischen Eskapaden, welche uns die Lehrwerkstätten-Initiative beliebt machen möchte. Wir haben es mit einer Initiative zu tun, deren erklärtes Ziel die Verstaatlichung der Berufsbildung ist. Dies aber, und nur schon ein kleiner Schritt in diese Richtung, wäre eine bildungspolitische Dummheit sondergleichen und unverantwortlich.

Darüber hinaus wäre die Realisierung der Initiative mit beträchtlichen Kosten zulasten des Bundes und der Kantone – also von uns Steuerzahlern und der Wirtschaft – verbunden. Für etwa zwei Milliarden Franken müssen

## Der heutige Stand der Berufsbildung

Wie ist unser Berufsbildungssystem geregelt? Da ist das Bundesgesetz über die Berufsbildung mit seinen Folgeerlassen, das sind die kantonalen Berufsbildungsgesetze und -verordnungen, die alle dem seit 1980 geltenden Bundesrecht angepasst wurden oder noch werden, da sind aber auch und vor allem die unzähligen ungeschriebenen Spielregeln und Verhaltensweisen, nach denen in unserem Land in Vergangenheit, Gegenwart und sicher auch in Zukunft berufliches Wissen und Können vermittelt wird.

Es ist dies vor allem die Überzeugung, dass die Ausbildung nirgends so zweckmässig und zielgerichtet erfolgt wie in der Praxis, dem Betrieb, ergänzt durch die in der öffentlichen Berufsschule vermittelte Theorie und Allgemeinbildung, in einem System also, in dem sich Wirtschaft und Staat in die Verantwortung teilen. Die Hauptverantwortung liegt eindeutig bei der Wirtschaft, die auch ein direktes Interesse hat, durch gründliche Ausbildung des Nachwuchses Überleben und Weiterentwicklung zu sichern.

Bund und Kantone unterstützen diese Anstrengungen durch finanzielle Beiträge an überbetriebliche Ausbildungs-massnahmen wie die Einführungskurse für Lehrlinge, Vorbereitungskurse auf Berufs- und Meisterprüfungen und andere Weiterbildungsveranstaltungen, namentlich aber durch die Führung der Berufsschulen und höheren Fachschulen. Allein für die durch das Berufsbildungsgesetz geregelten Aktivitäten betragen die Aufwendungen der öffentlichen Hand gegen eine Milliarde Franken pro Jahr, die sich ungefähr gleichmässig auf

Gemeinden, Kantone und Bund verteilen.

Dieser doch respektable Aufwand an öffentlichen Mitteln, verbunden mit den schwer zu beziffernden, aber sicher noch weiter gehenden Direktaufwendungen der Ausbildungsbetriebe, gewährleistet uns eine Berufsbildung, die auch im internationalen Vergleich auf der Höhe der Zeit steht, die den technologischen Fortschritt integriert, ohne traditionelles Be-



Dr. Klaus Hug, Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga)

rufswissen zu vernachlässigen, und der die ganzheitliche Ausbildung der Jugendlichen, die über die Vermittlung reiner Fertigkeiten hinaus geht, ein Anliegen ist.

Sicher ist auch die schweizerische Berufsbildung nicht überfekt. Aber unsere gesetzlichen Grundlagen und die geltende Ordnung erlauben es allen Verantwortlichen, die durch die technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen bedingten Anpassungen im Rahmen des bewährten Systems vorzunehmen. Systemänderungen, wie sie beispielsweise die am 28. September zur Abstimmung gelangende «Lehrwerkstätten-Initiative» fordert, drängen sich keineswegs auf.

nämlich staatliche Lehrwerkstätten errichtet werden. Die Initiative fordert für die in diesen Lehrwerkstätten auszubildenden Jugendlichen zudem ein Honorar von 1760 Franken pro Monat!

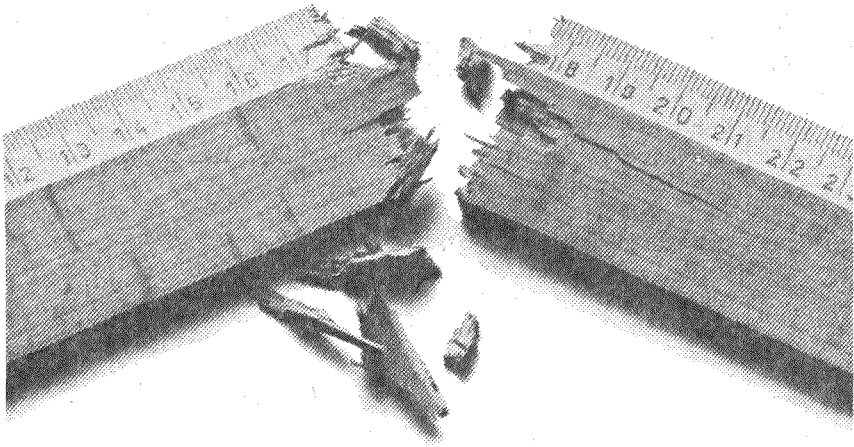
Die Lehrwerkstätten-Initiative ist darum am 28. September nicht nur aus bildungspolitischen, sondern ebenso aus gesellschafts- und finanzpolitischen Gründen abzulehnen.

Fortsetzung von Seite 3

allein geschaffen werden, sondern benötigen den Rat und die Tat von Fachleuten. Hier hätte die Kulturstiftung Pro Helvetia wahrscheinlich eine neue und wichtige Vermittlungsaufgabe.

Allerdings können alle Vertreter der Kultur nicht als Alleingänger existieren, sondern bedürfen der Unterstützung durch die Umwelt. Bei solcher Kulturförderung leistet der Staat einen wichtigen Beitrag, wenn er nicht die volle Verantwortung übernimmt, aber doch günstige Rahmenbedingungen für die künstlerische Entfaltung schafft. Wir sollten deshalb die Kulturinitiative ablehnen und den Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament mit dem vernünftigen Kulturartikel annehmen.

## BEWÄHRTES ÄNDERN?



Unsere Betriebs- oder Meisterlehre hat sich für die Lehrlingsausbildung bestens bewährt. Jahr für Jahr erlernen Zehntausende von Mädchen und Burschen einen Beruf mit Zukunft. Heute gibt es über 185 000 Lehrverhältnisse. Unser Berufsbildungssystem lässt sich auch international sehen. Davon zeugen die Erfolge, welche unsere jungen Leute in der ganzen Welt erzielen.

Soll diese bewährte Ausbildungsform nun umgekrempelt werden? Denn genau das verlangt die von marxistischen Kreisen lancierte «Lehrwerkstätten-Initiative». Es besteht kein Grund, unser bewährtes Berufsbildungssystem nach solch extremen Vorstellungen zu ändern.

Deshalb am 28. September:

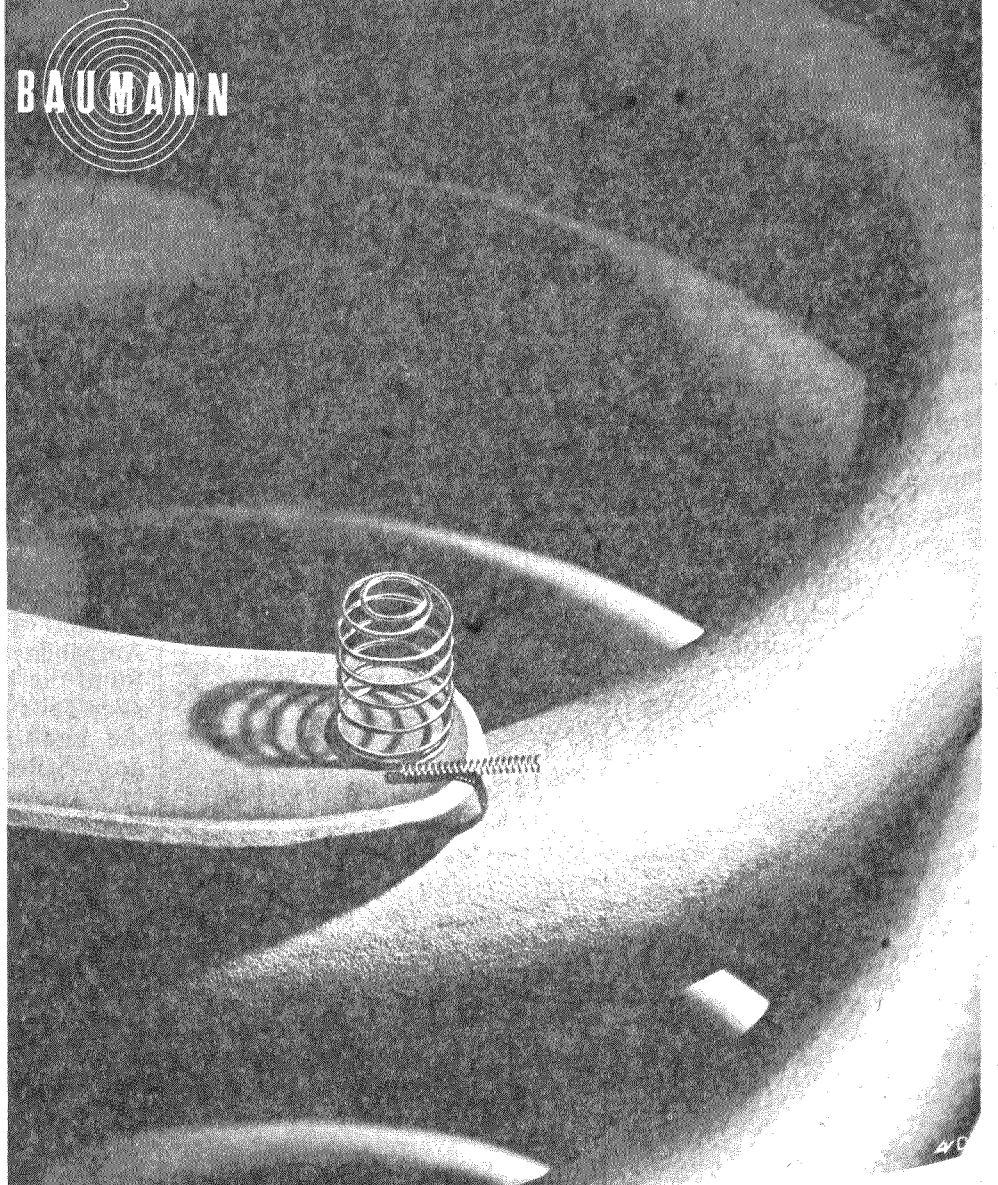
## NEIN zur marxistischen Lehrwerkstätten-Initiative

Schweizerisches Aktionskomitee gegen die marxistische Lehrwerkstätten-Initiative, Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), Schweiz. Volkspartei (SVP), Liberale Partei (LPS)

# FEDERN

in jeder Grösse für jede Verwendung

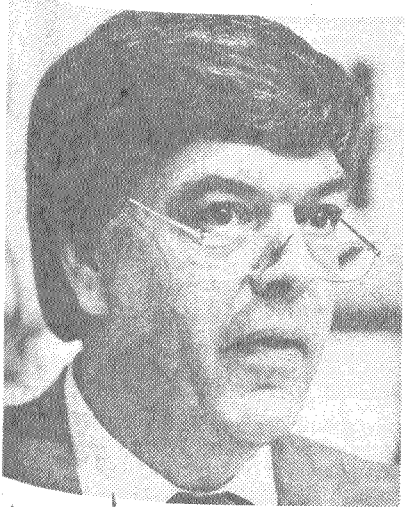
BAUMANN + CIE AG  
Federnfabrik  
CH-8630 Rüti  
Tel. 055/84 11 11



Plädoyer für eine schweizerische Technologiepolitik

# Mey: «Fehlende Professionalität»

Auf grosse Beachtung stiess an der FDP-Informationstagung der Hauptreferent, Prof. Dr. Hans Jürg Mey von der Universität Bern, mit seiner Stellungnahme. Dabei plädierte er für eine schweizerische Technologiepolitik. Nachstehend ein Auszug zu diesem Thema aus seinen Ausführungen:



schleiss beschert, und woher schöpfen wir die Zuversicht, er sei für alle Zukunft die erfolgversprechende Maxime? Wir sind jedenfalls, erneut einen Sonderfall und Irrtum vorbehalten, das einzige Industrieland, in dem Technologiefragen nicht auf Landesebene irgendwie institutionell organisiert sind. Vielmehr beschäftigen sich, je nach konkretem Fall und personeller Ämterbesetzung, über ein Dutzend verschiedene Bundesstellen mit Technologiefragen – mit dem Resultat völlig fehlender Transparenz und Kohärenz.

### Mehr Systematik nötig

Diese Organisationsaspekte sind natürlich nicht von erstrangiger Bedeutung, aber sie müssen

### Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat

## Neue Technologien als Zukunftsschancen

Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Nationalrat Ernst Mühlemann hatte für die Tagung der FDP der Schweiz über die neuen Technologien Postulate vorbereitet. Diese werden auf Grund der Aussprachen in den Arbeitsgruppen sowie der Diskussion im Plenum überarbeitet. Der freisinnige Thurgauer Volksvertreter erläuterte den Entwurf für die Postulate an der Tagung wie folgt:



Der weltweite Strukturwandel stellt uns heute vor existentielle Herausforderungen, denen sich auf Dauer kein Staat entziehen kann. Im Vordergrund stehen dabei die umwälzende Entwicklung in der Technologie, die zunehmende Bedrohung der Umwelt und die gesellschaftspolitische Umschichtung. Besondere Chancen bieten die neuen technologischen Möglichkeiten im Bereich von Informatik mit Mikroelektronik und Telekommunikation, von Biotechnologie mit Umwelttechnik und Recycling sowie von Mikromechanik mit Werkstofftechnologie und Robotertechnik.

### Schweiz im Rückstand

Leider befinden sich Denk- und Werkplatz Schweiz gegenüber aussereuropäischen Konkurrenten, wie USA und Japan, in deutlichem Rückstand. Es gilt aber auch im europäischen Raum aufzuholen, wenn man an das süddeutsche Land Baden-Württemberg mit seinen über 50 technologischen Transferzentren oder an die französische Stadt Biarritz mit ihrem ultramodernen Bildtelefonnetz denkt. Die rasche Lösung der zukunftsorientierten technologischen Probleme kann nur durch eine enge Zusammenarbeit zwi-

als Indiz für die Geringachtung der damit angeschnittenen Fragen beurteilt werden. Und sie müssen ernstgenommen werden als Handicap unseres Landes in den immer zahlreicheren Fragen, wo es in der vernetzten internationalen Technologieszene darum geht, früh- und rechtzeitig zu jenen Informationen zu kommen, die nur in zwischenstaatlichen, institutionalisierten Gesprächen anfallen, die zudem der nationalen Interessenwahrung dienen. (...)

Es sei nicht gesagt, in anderen Ländern, wo entsprechende Spielregeln bestehen, seien alle Probleme gelöst. Es sei nicht einmal behauptet, unsere eher amorphe als strukturierte Technologieszene erbringe durchwegs schlechtere Leistungen. Die hiesige Leistungsbereitschaft und die hiesige Miliztauglichkeit für alles und jedes bügeln so manche Unrundheit erfolgreich aus. Aber es darf behauptet werden, mit mehr Systematik könnten mit demselben Aufwand bessere und vor allem rechtzeitige Resultate erzielt werden. Und genau das müssen wir anstreben, wenn wir uns nicht langsam erdrücken lassen wollen von jenen, die Technologien als Bausteine der Zukunft und damit auch als nationale Anliegen erkannt haben.

## Abstimmungsparolen der FDP der Schweiz

SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 28. September 1986

Wollen Sie die «Eidgenössische Kulturinitiative» annehmen?	Antwort <b>Nein</b>
oder	
Wollen Sie den Gegenentwurf der Bundesversammlung annehmen?	Antwort <b>Ja</b>

NB: Stimmzettel, die beide vorstehenden Fragen bejahen, sind ungültig.

SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 28. September 1986

Wollen Sie die Volksinitiative «für eine gesicherte Berufsbildung und Umschulung» annehmen?	Antwort <b>Nein</b>
---	------------------------

SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 28. September 1986

Wollen Sie die Änderung des Bundesbeschlusses über die inländische Zuckerwirtschaft vom 21. Juni 1985 annehmen?	Antwort <b>Ja</b>
---	----------------------

Alle Lebensbereiche, die für das Bestehen unseres Landes und die Wohlfahrt seiner Bewohner entscheidend sind, werden durch Strategien oder Politiken abgestützt, professionell betreut durch Verwaltungsbereiche. Jedermann kann mit Leichtigkeit die Grundzüge unserer Landwirtschafts- und Verteidigungspolitik, um nur diese beiden Beispiele zu nennen, zitieren. Was, wenn man nach unserer Technologiepolitik fragen würde?

### Verunsichernde neue Technologien

Man erhielte so wenig eine Antwort, so wenig es eine solche Politik und so wenig es einen dafür gebildeten Verwaltungsbereich gibt. Dabei sind viele unserer Parlamentarier, und dies darf kein Vorwurf sein, absolut unsicher und verunsichert in Fragen der Technologie – warum, so liesse sich fragen, verschaffen sie sich nicht ein kompetentes Organ zur Beratung und Vorbereitung, so wie sie es bei allen wichtigen Problemkreisen, vom Asylantenproblem bis zum Umweltschutz, getan haben?

Die Crux liegt natürlich in den divergierenden Ansichten über die Wünschbarkeit nicht nur eines derartigen Organs, sondern grundsätzlicher in jener einer Technologiepolitik überhaupt. Zum ersten: Gehört Technologie überhaupt zu jenen den Staat interessierenden und verpflichtenden Lebensbereichen wie Landwirtschaft, Verteidigung, Strassenbau, Umweltschutz, Gesundheitswesen, Energieversorgung usw.? Dies war vor zwanzig Jahren nicht der Fall – hat sich heute etwas daran geändert? Zum zweiten: Selbst unter der Annahme, Technologie sei eine landeswichtige Komponente – ist sie dann automatisch auch ein Betätigungsfeld des Staates oder würde damit die ordnungspolitisch erlaubte Grenze zwischen privater wirtschaftlicher und staatlicher Verantwortung überschritten?

### Vorurteile statt seriöser Untersuchungen

Das sind Fragen, auf die es so lange keine verlässliche Antwort geben kann, als sie von Vorurteilen statt von seriösen Untersuchungen aus angegangen werden. Und so lange ist leider auch nicht damit zu rechnen, dass man sich ernsthaft um eine eigentliche Technologiepolitik – oder mindestens um eine Art von Technologiestrategie – bemüht. Wir haben in diesen Belangen die Strategie durch Pragmatismus ersetzt – der Wirtschaftsgang scheint dieser Linie recht zu geben.

Aber Politik heisst optimieren und vorausschauen: Hat uns unser Pragmatismus nicht vielleicht einen vermeidbaren Kräftever-

wirtschaftlichen Unternehmers ausgehen sollten.

### Die Aufgabe des Staates

Der Staat hat in diesem technologischen Bereich durch klare Aufgabenteilung dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen vorfindet. Dauerhafte Fortschritte sind nur dann möglich, wenn äussere und innere Sicherheit gewahrt bleiben, wenn der Wettbewerb mit gleich langen Spiessen ausgetragen wird, wenn die monetäre Stabilität fortbesteht und wenn fiskalische Erschwerungen abgebaut werden. Die Hauptaufgabe des Staates auf Stufe Bund, Kanton und Gemeinde besteht vor allem darin, die Infrastruktur für technologische Forschung und Ausbildung zeitgerecht bereitzustellen und situationsgerecht anzupassen. In dieser Beziehung zeigt sich das heutige Schulsystem den modernen Anforderungen nur teilweise gewachsen, da es zu wenig flexibel und zu wenig effizient ist.

Die internationale Zusammenarbeit kann nicht ohne Mitwirkung des Staates erfolgen, da hier vor allem die Vorteile des Standortes Schweiz mit seiner hohen Lebensqualität rechtzeitig ins technologische Spiel zu bringen sind. Die relative Standortunabhängigkeit der neuen Technologien sollte ausgenutzt werden, um die Wirtschaft zu regionalisieren und besonders die kleinen und mittleren Unternehmen des Gewerbes zu unterstützen. Schliesslich trägt der Staat die Verantwortung für eine sinnvolle Reduktion von Monopolstellungen im Bereich von Telekommunikation und Informationsmedien, damit der technologische Wettbewerb bei verringerter Regulierungsdichte wirksamer wird.

### Mut für aussergewöhnliche Lösungen

Die Tätigkeit von Wissenschaft und Forschung darf sich nicht in vorgegebenen und schematischen Abläufen erschöpfen, sondern sollte durch Mut zu aussergewöhnlichen Lösungen akzentuiert und belebt werden. Im besonderen haben jetzt Hochschulen und Höhere Technische Lehranstalten

durch Umstrukturierung und Ausbau zu garantieren, dass genügend praxisorientierte Ingenieure und Techniker für Informatik, Biotechnologie und Mikromechanik zur Verfügung stehen. Einer Verbesserung bedarf ebenfalls die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, wo die Verbindung zu den bestehenden Technologiezentren an den schulischen Instituten enger gestaltet werden müsste. Es wäre aber vor allem erwünscht, dass staatsunabhängige technische Transferzentren geschaffen würden, welche mit ihrem Forschungspotential besonders den kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung stünden.

Bei allen Massnahmen darf der einzelne Mensch nicht vergessen werden, dem sich in der neuen Informationsgesellschaft die Chance zur qualitativen Verbesserung seines Arbeitsplatzes bietet, der aber auch herausgefordert ist, sich lebenslang weiterzubilden und umzuschulen. Staat und Wirtschaft sind deshalb gezwungen, neue Möglichkeiten für Erwachsenenbildung zu schaffen, um den beruflichen Entfaltungsspielraum des einzelnen Bürgers zu vergrössern.

### Gesellschaftspolitische Folgewirkungen beachten

Der Weg in die politische Zukunftsgestaltung ist ohne übertriebene Hast und ohne unangemessene Verzögerung Schritt für Schritt einzuschlagen. Wir müssen uns dabei vorerst Klarheit über die neuen technologischen Möglichkeiten verschaffen, dann die wirtschaftlichen Umstrukturierungsmassnahmen erwägen und schliesslich die gesellschaftspolitischen Folgewirkungen behandeln. Der umgekehrte Weg, dauernd vor sozialen Gefahren zu warnen, ohne die technologischen und ökonomischen Chancen zu erkennen, führt ins Dickicht von Negation und Angstmacherei. Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz will dies nicht, sondern glaubt an den Mut zu Aussergewöhnlichem und sieht in den neuen Technologien auch eine Zukunftsschance für den Kleinstaat.

Diskussionsbeitrag  
zum umstrittenen Abstimmungsverfahren

## Doppeltes Ja weiterhin kontrovers

Die Abstimmungsregelung auf eidgenössischer Ebene mit der Ungültigkeit des doppelten Ja steht seit einigen Jahren zur Debatte. Gegenwärtig ist der Ständerat am Zug. Zu diesem Thema ein Beitrag zur Diskussion:

In der Frühjahrsession dieses Jahres hat sich die Ständekammer in einem zweiten Anlauf dafür entschieden, die Frage der allfälligen Einführung des doppelten Ja bei Initiativen mit Gegenentwürfen auf Verfassungsebene und nicht, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, auf Gesetzesstufe zu prüfen. Damit verbunden war der Auftrag an die zuständige ständerätliche Kommission, neue Abstimmungsgrundsätze in einem Verfassungsartikel zu formulieren. Die Mehrheit der Ständekammer erachtete es aus staatspolitischen Überlegungen heraus als angezeigt, den letzten Entscheid über die zu treffende Modellösung Volk und Ständen zu überlassen.

### Begrenzte Begeisterung für Neuregelung

Rascher als erwartet ist die Kommission des Ständerates diesem Auftrag nachgekommen. Mit einem knappen Ergebnis von 5 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen hat sich das ständerätliche Gremium zuhanden des Plenums für ein Modell ausgesprochen, welches das doppelte Ja und zusätzlich eine Stichfrage vorsieht. Werden demnach sowohl das Volksbegehren als auch der Gegenentwurf angenommen, so entscheidet das Ergebnis der Stichfrage. Falls in der dritten Frage die Präferenzen des Volksmehrs und der Mehrheit der Kantone nicht identisch sind, soll der bestehende Zustand in Kraft bleiben.

Das äusserst knappe Abstimmungsergebnis macht deutlich, dass die Begeisterung für eine Ablösung der heute etablierten, bald 100jährigen Praxis durch einen Systemwechsel auch auf Verfassungsstufe nicht eben gross ist, und dies aus guten Gründen. Wohl könnte mit einer (rechtlich nicht zwingenden) Verfassungslösung den föderalistischen Bedenken – Einbezug des Ständemehrs

– Rechnung getragen werden; an der politischen Fragwürdigkeit eines doppelten Ja ändert dies jedoch nichts. Hätte doch so der Stimmbürger die Möglichkeit, einen absoluten und einen relativen Willen zum Ausdruck zu bringen. Dadurch könnte eine Vorlage Verfassungsrecht werden, welche die Mehrheit der Stimmbürger gar nicht unbedingt wollte, sondern bei der sie lediglich bereit wäre, diese allenfalls auch zu akzeptieren. Dazu kommt, dass der Rückzug von Volksinitiativen durch ein solches Verfahren unnötig gemacht würde.

### Verfälschung des Volkswillens

Aber auch das von einer Kommissionsminderheit beantragte «Zürcher Modell», welches ebenfalls das doppelte Ja zulässt, aber auf die Stichfrage verzichtet, würde zu einem unbefriedigenden Abstimmungsergebnis führen. Dieses Modell will die Prozentsumme auf Grund der Hauptfragen berechnen. Damit blieben all jene Stimmberechtigten und Stände vom Stichentscheid ausgeschlossen, welche Initiative und Gegenentwurf gleich beantwortet haben. Eine solche Lösung müsste sich vor allem gegen die Befürworter des Status quo auswirken.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Vorwurf der Bevorzugung des geltenden Verfassungsrechtes gegenüber Erneuerungsbestrebungen auf Mutmassungen beruht und jedenfalls nicht rechtfertigt, mit einem neuen Verfahren die Änderungen des bestehenden Rechtes zu begünstigen. Die Verfälschung des Volkswillens durch das Verbot des doppelten Ja ist nicht erwiesen.

Die Mängel, die das heutige Abstimmungsverfahren aufweist, liegen vielmehr in der Tatsache begründet, dass bei Doppelabstimmungen das absolute Mehr



Kontradiktorisch behandelt wurde vom Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverband der am 28. September zur Abstimmung gelangende Zuckerbeschluss. Dabei vertrat der Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft, Jean-Claude Piot (stehend), die Ansicht der Landesregierung und plädierte in deren Namen für ein Ja. Am Gespräch beteiligten sich (v. l. n. r.) unter Leitung von NZZ-Redaktor Dr. Willy Zeller Nationalrat Georges Thévoz (lib., VD), der sich für die Vorlage aussprach, Nationalrat Dr. Walter Biel (LdU, ZH), der als Initiator des Referendums pointiert gegen die Neuordnung antrat, der freisinnige St. Galler Nationalrat Dr. Walter Zwingli (rechts), ebenfalls Befürworter des Zuckerbeschlusses, sowie Bruno Gurtner (zweiter von rechts), der als Vertreter des Informationsdienstes Dritte Welt die (neutrale) Position der Entwicklungshilfeorganisationen darlegte. Präsiert wird der FDP-Presseverband von Dr. Ruedi Gerber, Chefredaktor des in Winterthur erscheinenden «Landboten» (links neben Direktor Piot). (Photo rufi)

für Volksinitiative und Gegenentwurf nicht getrennt ermittelt wird. Aus diesem Grunde hat ein weiterer Minderheitsantrag die getrennte Ermittlung des absoluten Mehrs zum Inhalt. Dieser Antrag, der das doppelte Ja nicht als zulässig erklärt, jedoch künftig Leerstimmen nicht mehr mit Neinstimmen für die Berechnung des absoluten Mehrs zählt, verdient volle Unterstützung. Damit würde die Stellung der reformwilligen Stimmbürger stark verbessert, ohne damit auf ein politisch fragwürdiges Verfahren auszuweichen.



Fortsetzung von Seite 1

gekündigte zweite «Tschernobyl»-Debatte zuhanden der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung umfassende Arbeitsgrundlagen und bereitet Folgerungen aus «Tschernobyl» für die schweizerische Energiepolitik vor. Dennoch möchte ich vor «Schwarzweissmalereien» warnen und für eine realistische Beurteilung unserer

Energiepolitik plädieren. Zu warnen ist sicher vor einem helvetischen Alleingang. Dafür ist jedoch inskünftig konsequenter die von unserer Partei mitgetragene Formel «Sparen, Substituieren, Forschen» durchzusetzen. Hauptpostulat wäre das Sparen – und zwar energischer als bisher. Allerdings nicht mit einem Elektrizitätswirtschaftsgesetz, das nur einen Fünftel unseres Energieverbrauchs betreffen würde, sondern über bestehende kantonale Vorschriften sowie allenfalls einen eidgenössischen Energieartikel. Die Kompetenzen auf schweizerischer Ebene wären nur auszuschöpfen, wenn die angelaufenen Sparbemühungen der Kantone unbefriedigend bleiben. In diesem Zusammenhang eine kritische Klammerbemerkung: Im Versorgungsgebiet der Nordostschweizerischen Kraftwerke ist der Stromverbrauch nach «Tschernobyl» weiter – und nicht unbeträchtlich – angestiegen...

### Keine Patentrezepte

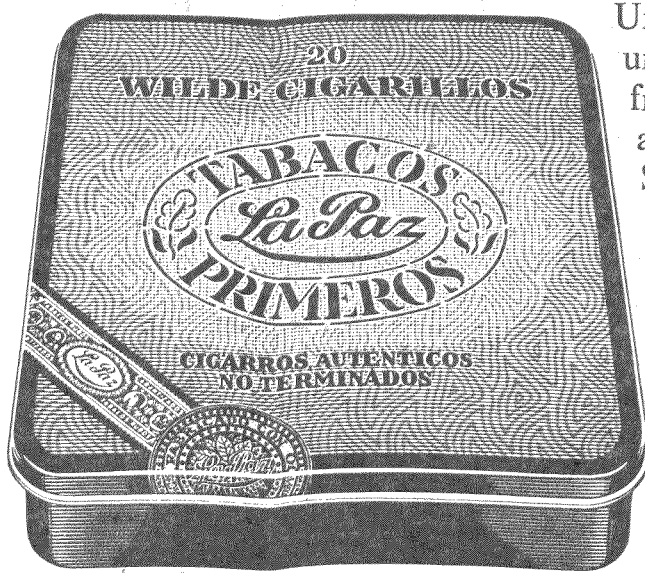
Patentrezepte nach «Tschernobyl» können im heutigen Zeitpunkt weder die schweizerische

Partei noch die freisinnige Fraktion der Bundesversammlung bieten. Dies im Gegensatz zu anderen Parteien und Gruppierungen, die – die eidgenössischen Wahlen des nächsten Jahres vor Augen – sich mit Schnellschüssen zu profilieren versuchen. Aber Partei und Fraktion sind daran, freisinnige Vorstellungen zu entwickeln und zu konkretisieren.

Bevor Details und Zusammenhänge der Ursachen von «Tschernobyl» wissenschaftlich geklärt sind, ist es meines Erachtens ebenso falsch zu behaupten, «Tschernobyl» ist überall», wie zu glauben, ohne die Ursachen, Folgen und Konsequenzen dieses Unglücks zu erörtern zur Tagesordnung übergehen zu können. «Tschernobyl» ist als Mahnzeichen der begrenzten Möglichkeiten des technischen Fortschritts, der Grenzen von Wissenschaft und Technik zu werten. «Tschernobyl» hat uns wiederum in Erinnerung gerufen, dass menschliches Wissen und Tun immer Stückwerk ist. Eine Einsicht, die auch bei der Diskussion des Themas neue Technologien zu berücksichtigen ist.

# Ehrlichkeitshalber.

Weil es schon besonders viel Erfahrung in der Kunst der Herstellung gehaltvoller Cigarillos braucht, haben sich die Cigarrenmacher von La Paz Zeit gelassen. So lange, bis die Mischung aus Dutzenden erstklassiger Tabaksorten stimmte.



Und sie mit makellosen, naturreinen Deckblättern umhüllt. Und ein Büschel am Brandende freigelassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Aus Tabak. Mehr nicht. Damit Sie als Kenner nicht mehr die Nase über Cigarillos zu rümpfen brauchen.

Denn Wilde Cigarillos von La Paz sind von Grund auf ehrlich. So sorgsam mélangiert wie eine grosse Cigarre. So aromatisch leicht. Und ungepudert.

Die Leute von La Paz sind eben Perfektionisten. Seit über 160 Jahren.



Cigarros Autenticos.

Nötige Verbesserung der Rahmenbedingungen

**Taten statt Worte!**

Kürzlich trat der Arbeitskreis Kapital in der freien Wirtschaft (AkW) erneut an die Öffentlichkeit. Für die Broschüre «Verbesserung unserer Rahmenbedingungen – Taten statt Worte!» zeichnet wiederum das Autorenteam Walter Hess, Albert Keller, Michael Kohn, Hans Rüegg, Hans-Peter Schär. Zum Inhalt äussert sich der u. a. für die Textkoordination Verantwortliche, Dr. Albrecht Keller (Thalwil), wie folgt:

Im Zentrum der AkW-Broschüre steht die Sorge um unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und um die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen. Weshalb nicht der Umweltschutz – beherrschendes Thema in Medien und Presse? Die Frage ist müssig. Die ersten – übrigens griffigen – Umweltschutzverordnungen sind in Kraft; weitere folgen. Neue technologische Herausforderung und Bereitstellung zusätzlicher erheblicher Mittel sind somit unternehmenspolitische Realität für unsere Industrie. Aber es braucht zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen auch die Mitwirkung der Haushalte. Für die Kostendeckung gilt richtigerweise das Verursacherprinzip. Was jedoch die auf jeden Einzelnen entfallenden Lasten betrifft (in welcher Form auch immer), wird es durch den Indexautomatismus durchkreuzt. Wie war es doch bei den Ölpreisschocks? Prompt wurde die schlagartige, für alle spürbare Energieverteuerung via Indexautomatismus auf die Wirtschaft bzw. die öffentliche Hand überwälzt.

Fazit: Der Indexautomatismus steht in klarem Widerspruch zum Umweltschutz. Das ökologische Credo ist durch Festhalten an der Indexmentalität unglaubwürdig. Die Absage an den einleisig-starken Verteilmechanismus im ökonomischen Regelkreis, auch bei der öffentlichen Hand, ist überfällig.

**Ökologie und Ökonomie**

Aber damit ist das Thema «Rahmenbedingungen» nicht bereinigt; denn zur Synthese Ökologie und Ökonomie gibt es keine Alternative. Also doch Sicherheit der Arbeitsplätze sowie – selbstredend – des sozialen Netzes und der vielfältigen Leistungen der öffentlichen Hand (z. B. der Chancengleichheit). Die Problemstellung der AkW-Broschüre ist deshalb zwangsläufig: Sicherung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit als des Massstabs für die Leistungskraft unserer Wirtschaft – finanzielles Rückgrat unseres Wohlstandes; Schaffung der dazu notwendigen Rahmenbedingungen.

Hintergrund der Forderung nach Bereinigung unbewältigter Schwachstellen sind folgende Fakten:

**Die Bedeutung der Rahmenbedingungen**

In den Zahlen widerspiegelt sich die Verschiebung der Relationen zwischen privatem und öffentlichem Sektor, zwischen Konsum- und Investitions-/Innovationsquote. Die konjunkturelle Aufhellung hat das Anspruchsdenken erneut aktiviert. Der Kontrast zwischen Einengung des unternehmerischen Handlungsraums und Anpassungsdruck hat deshalb an Ak-



tualität nichts verloren. Im Gegenteil: mehr denn je gilt, dass die Marktpositionen nur mit offensiver und flexibler Anpassung der Unternehmungen an die schwierigen und wechselnden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die aggressive internationale Konkurrenz, den tiefgreifenden Technologieschub gehalten und gestärkt werden können. Auch sind die Veränderungen der Arbeitswelt, u. a. der Einstellung zu Beruf/Freizeit, zu verkraften. Hinzu kommt das Problem geschwächter Eigenkapitaldecken. Mancher Arbeitsplatz konnte nach dem Umschwung 1974/75 nur durch Substanzverzehr gehalten werden. Wiedererstarben der Reservepolster ist dringend nötig, um dem nächsten Abschwung standzuhalten. Entscheidende Voraussetzung zur Sicherung der Unternehmenszukunft ist der finanzielle Spielraum.

Es war ein wichtiges Anliegen der AkW-Broschüre, die Abhängigkeit von Risikokapital/Selbstfinanzierungskraft – Finanzierungsgrundlage für die Innovationen/Investitionen – von der Lohn-, Sozial-, Ausgaben- und Fiskalpolitik transparent zu machen. Zumal unterschätzt wird, dass unser kleinräumiges, rohstoffarmes

Land mit regional, branchen- und grössenmässig breit gestreuter Industrie überdurchschnittlich gute Rahmenbedingungen braucht.

Angesichts der strukturellen Disharmonie zwischen der Herausforderung an der Marktfrente und den Rahmenbedingungen überrascht nicht, dass der Präsident des Vororts an der letztjährigen Generalversammlung mit dem Hinweis auf die Diskrepanz zwischen Lippenbekenntnis und tatsächlichem Handeln im Verhältnis der Wirtschaft zum Staat feststellte: «In Tat und Wahrheit läuft aber die politische Maschine trotzdem (gemeint ist die ideologische und wirtschaftspolitische Übereinstimmung zwischen Wirtschaft und staatsbehaltenden Parteien) oft – in Widerspruch zu den grundsätzlichen Stellungnahmen – in der falschen Richtung.»

Richtig wäre: Eindämmung der bürokratischen Reglementierungen, Korrektur des Staatsquotentrends und Eliminierung diskriminierender Unternehmenssteuern, Abstimmung der Lohnpolitik auf das Spannungsfeld Innovations- und Investitionserfordernisse/Ertrags- und Finanzlage und Konsolidierung der Sozialkosten, Anpassung der Bildungspolitik und Sicherung der Energieversorgung.

**Ausgaben unter Kontrolle bringen**

Der Bund kann durch entsprechende finanz- und fiskalpolitische Weichenstellungen wesentlich zur Verbesserung der Rahmenbedingungen beitragen. Sein Haushalt beansprucht nicht weniger als 22% des Bruttoinlandsprodukts (Verwaltungsausgaben allein rund 10%). Entsprechend ist der Steuerdruck im direkten Bereich. Mit 134 000 Beschäftigten (inkl. SBB/PTT/Rüstungsbetriebe) ist die Signalwirkung seiner Lohnpolitik beträchtlich. Das Verhältnis direkte/indirekte Steuern aller Ebenen wird massgeblich durch seine Fiskalpolitik bestimmt. Zentrales Problem ist das Unter-Kontrolle-Bringen des Ausgaben-drucks – Hauptgrund für das strukturelle Haushaltsdefizit (Finanzrechnung seit 1971, Gesamtrechnung seit 1975, wobei im Gegensatz zur Finanzrechnung auch der Voranschlag 1986 ein Defizit aufweist). Dass der vielzitierte Grundsatz des Haushaltsgleichgewichts nicht zur leeren Deklamation denaturieren darf, signalisiert die Nettozinslast von 700 Mio. Fr. (notabene konsumausgabenbedingt; denn der Nationalstrassenbau wurde ja sonderfinanziert. Überfällig ist auch die Bereinigung der fiskalischen Mängel. Finanzplan 1987 und Haushaltsperspektiven 1988/89 (1 Mia. Defizit) zeigen, dass die Zukunft nicht Fortsetzung der Vergangenheit sein kann. Von ihr sagt die CVP in ihrer Broschüre «Die Wirtschaftspolitik der CVP für die 90er Jahre»: «Gemessen an den Zielvorstellungen eines gesunden öffentlichen Haushalts war die Finanzpolitik der letzten 10 Jahre vor allem beim Bund nicht sehr erfolgreich.»

**Vorstellungen liegen vor**

Zu Recht wurde die Finanzpolitik in der jüngeren Vergangenheit als konzeptionslos etikettiert. Um so mehr sind die in die richtige Richtung weisenden Stellungnahmen der CVP und der FDP zu begrüssen. Einige wesentliche Aussagen seien nachfolgend stichwortartig wiedergegeben:

Finanz- und steuerpolitische Standortbestimmung der FDP-Fraktion der Bundesversammlung: Festhalten am Grundsatz des mittelfristigen Haushaltsausgleichs, wobei das Schwergewicht zu Recht auf die Ausgaben Seite gelegt wird; Stabilisierung der Staatsquote und Verhindern weiteren Anstiegs der Steuerquote; klare Prioritäten in der Ausgabenpolitik; Eliminierung oder Milderung der Strukturdefizite bei den direkten und indirekten Steuern

Der SVFF lud zur Präsidentinnenkonferenz

**Neue Wege in der Ausbildung der Frauen**

Die Schweizerische Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen (SVFF) lud die Präsidentinnen der kantonalen und lokalen Frauengruppen zu einer Konferenz nach Steffisburg BE ein. Diese stand ganz im Zeichen der Schulung, indem die Präsidentinnen über Wahlvorbereitungen orientiert wurden.

(rk) Sicherlich seien zum heutigen Zeitpunkt mehr «politischen Frauen» in unseren Reihen zu finden, meint Dr. Regula Frei-Stolba, Präsidentin der SVFF, deshalb müsse den Präsidentinnen und Kandidatinnen im Wahlkampf Unterstützung angeboten werden. Solche Aubauarbeit könne aber nicht von heute auf morgen stattfinden, wenn sie längerfristig Früchte tragen soll. Deshalb seien die Präsidentinnen aufgerufen, frühzeitig mit entsprechenden Kandidatinnen Kontakt aufzunehmen.

Mario Tavazzi vom Generalsekretariat der FDP Schweiz vermittelte eine Übersicht über die laufenden Wahlvorbereitungen, während Dr. Jeanette Attiger die Wahlen aus der Sicht einer Kantonalparteipräsidentin beleuchtete und die Hintergründe der Probleme von Kandidatinnen erläuterte: Leider werde die Politik so oft missverstanden und würde mit Ränkespielen in Zusammenhang gebracht, aber mit vertieftem Wissen könne diesem Denken entgegengewirkt werden. Frau Attiger empfahl den Frauen vermehrte Ausbildung in Rhetorik sowie vertiefte politische Aus-

einandersetzung. Aber sie wehre sich, erklärte sie, vehement dagegen, Alibifrauen auf Listen zu setzen. Denn dies könne den Frauen mehr schaden als nützen.

Vorschläge und Anregungen zur Wahlkampfführung vermittelte Peter Benz. Gemeinderätin Franziska Frey gab nützliche Tipps über den Aufbau von Kandidatinnen sowie praktische «Lebens- und Überlebenshilfe» während des Wahlkampfes. Sie plädierte dafür, dass die Frauen einen regen Meinungsaustausch pflegen, da dies ihr Selbstvertrauen stärke, indem sie herausfänden, dass andere Kandidatinnen ähnliche Sorgen und Probleme hätten. Dr. Katharina Bretscher nahm zur Frage der Wahlkampffinanzierung Stellung.

Die Präsidentinnen und Mitglieder der SVFF haben Gelegenheit, die in Steffisburg gesetzten Impulse an einem Seminar in Magglingen (26./27. September) zu vertiefen. Dieses will Fragen zu den Bereichen «Frau – Arbeitswelt – Politik» im Rahmen der Gesellschaft auf Grund der Ergebnisse der gleichnamigen Umfrage diskutieren.

(unter Hinweis auf das veränderte Verhältnis direkte/indirekte Steuern) mit Kompensation bei letzteren (bezüglich Steuerermässigung wird u. a. verwiesen auf wirtschaftliche Doppelbelastung ausgeschütteter Gewinne, Taxe Occulte, Stempelabgaben), hingewiesen wird auf die Problematik des starren Indexautomatismus; gefordert wird ein neues Sparprogramm, ferner die verstärkte Anwendung des Verursacherprinzips.

CVP-Standpunkt zur Wirtschaftspolitik für die 90er Jahre und Rechenschaftsberichte 1985 «Grundsätzliches zu einer Neuordnung der Bundesfinanzpolitik»: Stabilisierung der Staatsquote («Weitere Steigerung mit der Zielsetzung der Erhaltung und der Förderung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft nicht vereinbar»); keine Steigerung der Verschuldungsquote; verstärktes Abstellen auf das Verursacherprinzip; Entlastung bei der direkten Bundessteuer u. a. zur Stärkung der Leistungs- und Risikobereitschaft (Hinweis auf die problematische Doppelbesteuerung des Gewinns und auf die Notwendigkeit grosszügiger Abschreibungs- und Rückstellungspraxis); Anerkennung der Einwände gegen Taxe occulte, Kapitalsteuer, Aktienemissionssteuer (Anachronismus); Verzicht auf Ausweitung der Finanzierung von Staatsaufgaben über Lohnprozente; Korrektur des Verhältnisses direkte/indirekte Steuern (im Rahmen steuerlicher Anpassungen begrenzt durch massvolles Staatsquotenniveau); Beachtung des Subsidiaritätsprinzips; Rechtssicherheit bezüglich Transferpolitik (verbindliches Festlegen von Art, Umfang, Zeitdauer der Beiträge); grössere Flexibilität bezüglich Bundesaufgaben; Fortsetzung der bisherigen Sparmassnahmen und der Anstrengungen zur Effizienzverbesserung im Verwaltungsbereich.

Nicht unerwähnt seien die Feststellungen zum Stichwort

«Unternehmerischer Handlungsraum»: «In unserem ordnungspolitischen Leitbild (also jenem der CVP) kommt der privaten Initiative die zentrale Bedeutung zu»,  
Fortsetzung auf Seite 8

**Veränderung der Rahmenbedingungen**

	1960	1975	1983	
<b>Arbeitskosten</b>				1974/75 = Wende zu Rezession und geringem Wachstum
Reallohne erwachsener Arbeiter (1939 = 100)	153	262	280	Lohnrunde 1985 für 1986 erinnert an die 60-er Jahre
Gesamtaufwand Sozialversicherungen in Mrd. Fr.	4,4	25,9	45,0	Forderungsdynamik im Sozialbereich ungebrochen
in % des BSP	11,5	18	20	
Punkt Arbeitskosten steht unser Land – international gesehen – an 2. Stelle; an 1. Stelle die USA, jedoch mit mehr Flexibilität und Mobilität				
<b>Öffentlicher Haushalt (Bund/Kantone/Gemeinden)</b>			1984	Zunahme Verschuldung zufolge Defiziten zwischen 1960 und 1984 von 18 auf 82 Mia. Fr.
Total in Mrd. Fr.	10,5	59,0	89,4	
(Verwaltungen, also ohne Anstalten/Betriebe)	6,5	38,1	59,6	
Total in % BSP	27	41	40	→ 85 = V 63,5
<b>Wirtschaftliche Gliederung in %</b>				1975 – 1981 Rückgang auf 38; dann Wiederanstieg auf 40
Besoldungen	27	32	36	u. a. Konsequenz des Indexautomatismus
Eigenkonsum/Subventionen	46	43	44	analoge Entwicklung im privaten Sektor, also Lohndruck zu Lasten der Investitionen
Investitionen	21	18	13	
<b>Einnahmen</b>				Zunahme Fiskalbelastung in % BIP zwischen 1965 und 1984 von 20,7 (Steuern) auf 32,1 (21,9 / 10,2)
in Mrd. Fr.	7,4	35,8	58,9	
in % BSP	19	25	26	
%-Anteile				
Steuern auf Einkommen und Vermögen	48	58	66	
Belastung des Verbrauchs	30	21	21	im internationalen Vergleich tief
Normenflut = Erstarrung des wirtschaftlichen Umfeldes (insbesondere auch der Arbeitswelt) durch Anstieg auf eine Eidgenössische Gesetzessammlung von 34 Bänden mit 5 382 Erlassen; hinzu kommt ein Mehrfaches an Gesetzen und Verordnungen auf Kantons- und Gemeindeebene; die Normendichte ist insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe zu einem ersten Problem geworden, das nach Gegenmassnahmen ruft (u. a. zum Ausscheiden überholter Normen) zumal der Trend anhält				

Eidgenössische Volksabstimmung vom 28. September

**NEIN**  
zur Kultur-Initiative, weil sie zentralistisch ist und eine Staatskultur fördert. Aber

**JA**  
zum Gegenvorschlag, weil er die kulturellen Bemühungen der Privaten sowie von Kantonen und Gemeinden unterstützt.

**NEIN**  
zur Lehrwerkstätten-Initiative, weil sie unser bewährtes Berufsbildungssystem umkrepeln will und finanziell masslos ist.

**JA**  
zum Zuckerbeschluss, weil er unseren Bauern eine sinnvolle Anbaumöglichkeit ohne Überschüsse bietet.

**FDPO**  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Stellungnahme der FDP-Studiengruppe

## Für eine dynamische Medienpolitik

Der Bundesrat soll sich von überkommenen medienpolitischen Vorstellungen lösen und einen Blick auf die Entwicklung jenseits der Schweizer Grenze werfen. Dies fordert die Studiengruppe für Medienpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP). Sie stellt fest, dass sich die Medienpolitik der Landesregierung mehr durch Statik und Langfädigkeit denn Dynamik auszeichnet. Im weiteren verlangt sie einen Abbau der Regelungsdichte im Medienbereich.

Das von Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH) geleitete Gremium erwartet vom Bundesrat, dass dieser im rechtlichen Bereich Freiräume schafft, welche Ideen und Innovationen fördern und deren Verwirklichung erleichtern. Nach seiner Ansicht sollen in einer pluralistischen Medien- und Kommunikationsordnung restriktive Auflagen und Kontrollmassnahmen sowie die vorhandene übertriebene Aufsichtsmoralität einem Gesetz der Chancen weichen. Die Studiengruppe verlangt, dass die Programm-, Sende-, Verbreitungs- und Empfangsfreiheit gewährleistet wird. Sie wendet sich insbesondere gegen Einschränkungen der Empfangsfreiheit mittels technischer Vorschriften.

Als stossend empfindet das freisinnige Gremium die Tatsache, dass für ausländische Sendeanstalten, die in die Schweiz einstrahlen, andere Vorschriften gelten: Während die einheimischen Programmveranstalter in das restriktive schweizerische Recht gefasst werden, kommen ausländische Sender ungeschoren davon. Es erwartet deshalb, dass der Bundesrat Anstrengungen zu einer Harmonisierung der Sende-

vorschriften – insbesondere im Werbebereich – unternimmt.

Für die Studiengruppe ist unbestritten, dass die Entwicklung der elektronischen Medien nur unter Berücksichtigung der Situation bei den Printmedien betrachtet werden kann; dies gilt vorab im Zusammenhang mit Werbebeschränkungen. Für sie können die elektronischen und die Printmedien nicht isoliert, sondern nur im Gesamtzusammenhang einer schweizerischen Medienpolitik betrachtet werden.

Fortsetzung von Seite 7

«Die Anreize zur Bildung von Risikokapital müssen verbessert werden»; im Zusammenhang mit der «Anpassungs- und Innovationsfähigkeit» vorab der kleinen und der mittelgrossen Unternehmen wird «verbesserte Miliztauglichkeit des staatlichen Regelwerks» postuliert; bezüglich «Flexibilität der Wirtschaft» wird Verbesserung des steuerlichen Gründungsklimas gefordert; betont wird im Zusammenhang mit der «Erhaltung und Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit» die Wahrung und Stärkung der internationalen Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit.

Auch die SVP verweist in ihrer finanzpolitischen Analyse nach den Von-Wattenwyl-Gesprächen auf die Notwendigkeit «straffer Ausgabendisziplin und das vermehrte Setzen von Prioritäten» sowie die Ausmerzungen der Taxe occulte mit voller Kompensation.

Fazit: Die Voraussetzungen für den dringend gebotenen finanz- und fiskalpolitischen Konsens zwischen CVP, FDP und SVP – Voraussetzung für die Sanierung

des Bundeshaushalts und seiner Fiskalordnung – sind gegeben.

### Heisse Eisen anpacken

Der für das strukturelle Gleichgewicht entscheidende Schritt – *Ausgabendisziplinierung* – dürfte allerdings nur über ein *gemeinsames, quantifiziertes Konzept* Realität werden.

Mitverursacht wurde ja der Ausgabenauftrieb durch den Indexautomatismus und die *Inkonsequenz der Parlamentarier* im punktuellen Entscheidungsprozess. Unter diesem Stichwort rechnete Nationalrat Felix Auer in einem Artikel vor: «Nicht weniger als 15mal seit dem Amtsantritt des derzeitigen Finanzchefs (1984) haben die Räte Ausgabenreduktionen abgelehnt oder sind diese bei neuen Ausgaben über die Anträge des BR hinausgegangen.

gen. Diese Sünden summieren sich auf über 400 Mio. Fr. pro Jahr; 1985 waren es sogar über 600 Mio. Fr.»

Da der bisherige Druck auf die Ausgaben nicht ohne Wirkung blieb, setzt zusätzliches Sparen den Willen, *heisse Eisen* anzufassen, voraus. Durchsetzen muss sich sodann die Einsicht, dass die Ausgabendynamik ohne *Absage an den Indexautomatismus* nicht dauerhaft unter Kontrolle zu bringen ist. Es ist zu hoffen, dass die *Signale zu notwendigen, mutigen Weichenstellungen* bald gesetzt werden. Mit *geordnetem, sparsamem Haushalt* als Grundlage staatlicher Tätigkeit und Beitrag zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit – Rückgrat der allseits verlangten Wohlfahrt – ist nichts weniger als das *Gesamtinteresse* angesprochen.

## Leserbriefe

### «Das Vertrauen der Bürger nicht missbrauchen»

In den Thesen eines engagierten Parteimitgliedes zur Lage der FDP («Freisinn» Nr. 6) fehlt ein wichtiger Gedanke, den ich in folgende These kleiden möchte: Das Vertrauen der Bürger nicht missbrauchen. An Politiker werden hohe Anforderungen gestellt, indem unter anderem folgende Grundsätze beachtet werden müssen:

Die Exekutive ist zu offener Information verpflichtet, insbesondere wenn sie vor dem Parlament Rechenschaft ablegen muss. Dubiose Griffe in die Spesenkasse und überbrissene Ausflüge auf Kosten der Steuerzahler sind zu unterlassen. Interessenkollisionen sind zu vermeiden, d. h. Behördenmitglieder müssen in den Ausstand treten, wenn ihre amtliche Tätigkeit mit privaten und wirtschaftlichen Interessen zu kollidieren droht. Verwandtschaft, Freundschaft und wirtschaftliche Beziehungen dürfen das Urteilsvermögen des Politikers nicht trüben. Realistischerweise muss vorausgesetzt werden, dass kein Politiker im luftleeren Raum operiert, sondern dass jeder mit gewissen (offenzulegenden) Gruppen und Interessen verbunden ist. Ein Politiker von Format verliert jedoch die übergeordneten Interessen des Staates nicht aus den Augen.

Verstösse gegen diese Grundsätze sind nicht nur in der grossen Politik, d. h. bei den vieldiskutierten Finanz- und anderen Skandalen, festzustellen, sondern treten täglich auf allen Stufen bis hinunter zum Dorf auf. Alle etablierten Parteien sind davon betroffen. Es steht der FDP schlecht an, vor der hier aufgezeigten Problematik die Augen zu verschliessen. Insbesondere sollten nicht in Zusammenarbeit mit anderen betroffenen Parteien Untersuchungen von Affären und Skandalen hintertrieben werden. Nach sorgfältiger Abklärung der Vorkommnisse ist es unangebracht, fehlbare Beamte und Politiker zu schützen. Die faule Rechtfertigung der

ungenügenden Kontrolle ist zu unterlassen.

Nur wenn der Partei der Nachweis gelingt, dass sie an einer korrekten Amtsführung interessiert ist, kann sie das Vertrauen der Wähler gewinnen. Von den Wahlerfolgen gewisser umstrittener Persönlichkeiten, die meiner These zu widersprechen scheinen, darf man sich nicht beirren lassen, denn sie berücksichtigen die Meinung jener Stimmbürger nicht, die resigniert haben und der Wahlurne fernbleiben. Ausserdem haben die Wahlen in Bern und andernorts klar gezeigt, dass Alternativen, welche ausserhalb der etablierten Parteien und (scheinbar) ausserhalb von jeglichem Interessensfilz operieren, grösste Chancen haben, eine Wahl zu gewinnen. Ohne grossen Aufwand können selbst unbekannte Kandidaten siegen, welche erst in letzter Minute aufgestellt werden.

Die FDP sollte bedenken, dass ohne Vertrauen der Bürger der grösste Werbeaufwand den Erfolg nicht garantieren kann. Ausserdem darf eine Partei, welche massgeblich an der Regierung beteiligt ist, nicht vergessen, dass es nicht nur um Wahlarithmetik geht, sondern um das Vertrauen der Bürger in unseren Staat.

D. Schmid, Steinmaur

### Lobenswerter Versuch

Die Idee, staatliche Tätigkeiten zu privatisieren, findet wenig Widerhall in der Praxis. Selbst bürgerlich dominierte Exekutiven bekunden Mühe, die liberale Losung «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» in die Tat umzusetzen. Abgesehen von weltanschaulichen Gründen, kommt der Delegation von Aufgaben der öffentlichen Hand aus folgender Überlegung immer mehr Bedeutung zu:



### Software – was ist das?

Beinahe unbemerkt von der Öffentlichkeit, ist im «Schatten» der Computerindustrie ein neuer Wirtschaftszweig entstanden: die Software-Welt. Wie sehen die Zukunftsperspektiven dieser neuen Industrie aus? Was bedeutet sie für die Schweiz? Die Ursachen versucht ein Buch zu erklären. Angesichts der vielfältigen Aspekte der Software findet der Leser im Anhang einige praktische Beispiele, die zeigen, was Software in den verschiedensten Organisationen und Unternehmen bedeutet. Nicht nur dem wirtschaftlich Interessierten ermöglicht dieses Buch, sich ein Bild über die organisatorischen Trends der Schweiz zu machen, wobei die wirtschaftlichen Aspekte der Informatik umfassend berücksichtigt wurden.

Marina de Senarclens: Software-Szene Schweiz, Orell Füssli

\*\*\*

### Die Rezension in einem Satz

William L. Shirer, der Autor von «Aufstieg und Fall des Dritten Reiches», hat mit seinen Erinnerungen an die Epoche von 1939–1940 in Europa eine äusserst lebendige und bemerkenswerte Chronik jener Jahre geschrieben, in denen der Faschismus wuchs und Europa ins Unheil stürzte. («Das Jahrzehnt des Unheils», Scherz).

Dem Staat werden laufend neue, zusätzliche Aufgaben (z. B. Schutz der Umwelt) übertragen, gleichzeitig wird aber an der Forderung der Stellenplafonierung festgehalten! Einen Ausweg aus dieser Situation dürfte in vielen Fällen die Privatisierung von staatlichen Tätigkeiten – wie von der Gemeinde Zollikon für die Rauchgaskontrolle beschlossen – bieten.

Dr. Robert Chanson, FDP-Gemeinderat (Legislative) der Stadt Zürich

### Abstimmungsdaten 1987

Vom Bundesrat wurden als eidgenössische Abstimmungssonnstage für das kommende Jahr folgende Daten bestimmt:

- 5. April
- 6. Dezember

Die eidgenössischen Wahlen finden gemäss dem Bundesgesetz über die politischen Rechte statt am

- 18. Oktober.

### Das vielseitige Terminal- und Druckertisch-Programm

Direkt vom Hersteller:  
P. Sandmeier AG  
Büro- und  
Betriebseinrichtungen  
8305 Dietlikon  
Tel. 01 833 23 90

DAS EXCLUSIVE  
Partnerwahlinstitut  
für ANSPRUCHSVOLLE  
Überregional/International  
Introduction  
Frau M. Th. Kläy  
Neugasse 45, 3001 Bern  
Tel. 031 22 21 12  
Wir senden Ihnen Unterlagen  
Kein Vertreterbesuch  
Gegründet 1956

### Echte Banknoten aus aller Welt zum Sammeln im Abonnement.

Jetzt mit grossem Preisvorteil!

Beginnen Sie jetzt mit einer hochinteressanten und wertvollen Sammlung. Jede druckfrische Banknote ein offizielles Zahlungsmittel. Geliefert auf Sammelblatt mit ausführlicher Beschreibung. Zum Inklusivpreis von nur Fr. 15.90.

Die 1. Bestellung zum Sonderpreis: 3 Sammelblätter mit 3 Banknoten in einer Sammelmappe und als GESCHENK eine antike Banknote. Alles für nur Fr. 19.90 statt Fr. 45.-. Nutzen Sie diese Occasion. Es ist Ihr Vorteil! Postkarte genügt an:

Sir Rowland Hill AG, Abteilung E10  
Bramenstrasse 5  
8184 Bachenbülach b. Zürich

### Projektentwicklung, Bauherren-Treuhand.

Es lohnt sich, bauliche Investitionen sorgfältig zu betreuen. Jedes Bauvorhaben bringt deshalb für den Bauherrn auch eine erhebliche Investition an eigener Zeit mit sich. Zu Ihrer Entlastung stellen wir Ihnen einen erfahrenen Fachmann als Auftragsleiter zur Verfügung, als Ihr Geschäftsführer «auf Zeit» für das Bauvorhaben.

Unser Fachmann – Ihr Geschäftsführer «auf Zeit»

**Spaltenstein**  
LIEGENSCHAFTEN  
SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN  
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich,  
Telefon 01/316 13 10

### KABA NOVA – der Schlüssel mit der elektronischen Sicherheit.

Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, so verlangen Sie Unterlagen bei

**BAUER KABA**  
Bauer Kaba AG  
Sicherheits-Schliesssysteme  
Postfach  
CH-8620 Wetzikon 1  
Telefon: 01/931 61 11  
Telex: 875481  
Telefax: 01/931 63 85



Initiativenflut und Stimmabstimmungen

## Neue Spielregeln für die Demokratie

Initiativenflut und sinkende Stimmbeteiligung, Filibuster im Parlament und Showeinlagen von Politprofis: Ist unsere Demokratie noch zu retten? Kann trotz dem anhaltenden Trend, Partikularinteressen in den Vordergrund zu rücken, ein Konsens als Voraussetzung für die Regierbarkeit gefunden werden? Fragen, die nach Antworten rufen. Ein Beitrag von FDP-Nationalrat Dr. Paul Wyss (Basel).



an der Urne demonstrierte Desinteresse liegen.

Auf alle Fälle sind immer wiederkehrende Abstimmungen zu gleichen oder ähnlichen Problembereichen kein Anreiz zum Urnengang, insbesondere dann nicht, wenn diese Probleme nur eine Minderheit beschäftigen. Abgesehen davon müssen all die Vorstösse vom Bundesrat und von den eidgenössischen Räten behandelt werden; sie beanspruchen damit Zeit und Kraft, die für wesentlichere Aufgaben dringend benötigt werden. Sowohl die permanente Überlastung der Landesregierung als auch der chronische Zeitmangel in unserem Milizparlament seien hier nur am Rande erwähnt.

### Schutz vor Schützer

Als jüngste Beispiele solcherart in den Vordergrund gerückter Partikularinteressen sind die Vorstösse gegen die Schwerverkehrsabgabe und die Tierversuche zu erwähnen. Allein von den radikalen Tierversuchsgegnern sind heute vier Volksinitiativen bei der Bundeskanzlei zur Unterschriftensammlung angemeldet.

Kaum dass sich das Schweizer Volk im letzten Dezember mit massivem Mehr gegen ein generelles Verbot aller Tierversuche ausgesprochen hat, sind die Eiferer bereits mit einer neuen Initiative an die Öffentlichkeit getreten. Und die Unterschriftensammlung dafür war erst richtig vorbereitet, so meldete sich eine weitere Gruppierung gleich mit einer dritten, vierten und fünften Initiative dieser Stossrichtung. Zwar ist das Wohl des Tieres im medizinischen Tierversuch ein Anliegen, das nicht nur vom Schweizer Tierschutz, sondern auch bei den

Forschern und in breiten Teilen des Volkes anerkannt wird. Doch liegen Welten zwischen einer Verbesserung des gesetzlichen Schutzes für Versuchstiere und einem radikalen Verbot aller Tierversuche in unserer Verfassung. Gegen letzteres hat sich das Schweizer Volk mit klarer Deutlichkeit ausgesprochen, und dieser Entscheid müsste auch von den extremen Tierversuchsgegnern in demokratischer Haltung anerkannt werden.

### Offensichtlicher Missbrauch

Doch dem ist nicht so. Im Bestreben, die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen, versuchen sie mit der Lancierung von Initiativen, den Druck zu erhöhen, und missbrauchen damit auf eklatante Weise das für unsere Demokratie so wichtige regulierende Instrument.

Angesichts dieser Tatsache stellt sich für jeden verantwortungsbewussten Bürger und Politiker die Frage, was gegen einen solchen Missbrauch unternommen werden kann. Um darauf eine Antwort zu finden, müssen einige grundsätzliche Überlegungen angestellt werden.

### Risiko bejahen

Die Demokratie ist eine Staatsform, die sich selber konstituiert und auch selber wieder auflösen kann. Unrühmliche Beispiele für letzteres bietet die allerjüngste Geschichte genug, ohne dass auf Weimar zurückgegriffen werden müsste. Gerade in einer lebendigen Demokratie ist jedoch das Risiko einer Selbstauflösung latent immer vorhanden.

Dieses Risiko ausschalten hiesse, die Volksrechte in unzulässiger Weise zu beschränken. Es hiesse, aus Sorge um die Erhaltung der Demokratie ihr den Todesstoss zu versetzen. Dem Volkswillen muss letztlich auch die Demokratie unterstellt bleiben.

### Grenzen setzen

Demokratische Rechte finden naturgemäss dort ihre Grenzen, wo eine Minderheit die Auflösung durchzusetzen vermag. De jure schliesst unsere Verfassung diese Möglichkeit aus, weil in ihr der Mehrheitsentscheid verankert ist. De facto aber kann eine Minderheit oder können Minderheiten eine Demokratie ad absurdum führen, indem sie deren Institutionen durch eine Inflation von Vorstössen, Anträgen und Initiativen lahmlegen. Der heutige Trend, an sich nationale Aufgaben mit regionalen Entscheiden dergestalt zu koppeln, dass sie letztlich davon abhängen, ist nur eine der Varianten, die der Demokratie Schaden zufügen. Sie wurde sowohl in der Energiepolitik als auch in Fragen der Landesverteidigung immer wieder zu praktizieren versucht.

Hier muss der Gesetzgeber klare Spielregeln festlegen. Primär gilt es, die Volksinitiative als Grundrecht zu erhalten. Volksinitiativen sollen ein Eingreifen des Souveräns ins politische Geschehen ermöglichen. Selbst die sekundäre Funktion einer Initiative als Ausdruck des Willens einer Minderheit soll unangetastet bleiben. Wo aber Tendenzen des Missbrauchs deutlich zutage treten, sind entsprechende Bremsen und Hemmnisse einzubauen. Mit solchen Hemmnissen müssen allerdings hohe Auflagen verknüpft sein. Erstens sollen sie bremsen und nicht verhindern und zweitens müssen sie von Volksvertretern d. h. vom Parlament gehandhabt werden.

### Ergänzung der Behandlungsfristen

Für ein solches Instrumentarium bietet sich das Geschäftsverkehrsgesetz geradezu an. Die freisinnig-demokratische Fraktion hat eine Motion eingereicht, die mit einer Ergänzung der Behandlungsfristen von Initiativen dieses

## Für Besonnenheit in der Asylfrage

Das Malaise um die Flüchtlingsfrage hat sich in den letzten Monaten beruhigt. Aber immer noch ist der Ruf nach Entschieden, nach «Taten» unüberhörbar. Es ist in der Öffentlichkeit zu einer Polarisierung gekommen: Auf der einen Seite wird nach grosszügigen, vermeintlich als «menschlich» bezeichneten Lösungen gerufen, die aus dem Asylland Schweiz ein Einwanderungsland machen würden, während auf der anderen Seite fremdenfeindliche Kreise, denen mit der klaren Politik des Bundesrates zur Begrenzung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte vor Jahren der Stoff ausgegangen ist, wieder Morgenluft wittern und teilweise unter Verzicht auf die Handhabung geltenden Rechts nach freiem Belieben vorgehen und beispielsweise von Flüchtlingen ausserhalb des abendländischen Kul-

klärungen müssen – im Gegensatz zu früheren Jahren – beschleunigt durchgeführt werden, damit ein *Fait accompli* vermieden und ein negativer Entscheid ohne allzu grosse Härte vollzogen werden kann.

Sorgen mit Menschen, die vor politischer Verfolgung und, noch öfter, vor wirtschaftlichen und sozialen Notsituationen fliehen, haben viele Länder und Regierungen in der wirtschaftlich entwickelten westlichen Hemisphäre. Zu bedenken bleibt in der ganzen Flüchtlingsdiskussion, dass in der Schweiz – wie überhaupt in Westeuropa – die asylpolitischen Probleme noch bescheiden sind, wenn sie an der Last gemessen werden, wie sie beispielsweise Pakistan trägt, das drei Millionen Afghanen vor den sowjetischen Gewehren Schutz bietet.



turkreises gar nichts wissen wollen.

Weder unter dem Druck der Öffentlichkeit, die ihr Unbehagen zum Teil an der Urne manifestiert hat, noch gar unter jenem politischer Provokateure kann die Schweiz ihre humane Asyltradition als liberales Land preisgeben. Das Asylrecht darf nicht nach Hautfarbe oder Herkunft diskriminierend angewandt werden. Aber ebenso bestimmt ist jeder Missbrauch – auch jener zur Umgehung der Ausländerbeschränkung – zu bekämpfen. Jeder Asylbewerber hat ein Anrecht darauf, dass seine persönliche Situation individuell beurteilt wird. Diese Ab-

Die Abwehrreaktionen und Ängste in der Öffentlichkeit sind – gerade auch mit Blick auf den hohen Ausländerbestand – verständlich. Aber Ängste sind ein schlechter Ratgeber. Vor Überreaktionen müssen wir uns hüten. Nottut in der heutigen Zeit Besonnenheit und Entschlusskraft.

Mit Bundesrat und Parlament sind in der Asylfrage auch die etablierten Parteien gefordert. Die FDP der Schweiz hat deshalb eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Nationalrat Dr. Hans Georg Luchinger (Wetzwil a. A.) zur Ausarbeitung von freisinnigen Thesen zur Asylpolitik beauftragt. Diese wurde von den Delegierten der FDP der Schweiz nach einer engagiert geführten Diskussion mit wenigen Änderungen einhellig gutgeheissen. Diese Thesen wurden in einer «Politischen Rundschau», ergänzt durch zwei bemerkenswerte Referate von Bundesrätin Elisabeth Kopp zur Asylfrage sowie Stellungnahmen von Nationalrat Luchinger sowie Ständerat Prof. Dr. Ricco Jagmetti (Zürich) zur Revision des Asylgesetzes publiziert. (Einen Bestelltalon finden Sie auf dieser Seite)

Hans Rudolf Leuenberger, Generalsekretär FDP der Schweiz

Ziel anstrebt. Danach könnte das Parlament die Fristen zur Behandlung dann verdoppeln, wenn die zur Behandlung anstehende Initiative lediglich die Wiederholung eines vom Volk bereits gefällten Entscheides herbeiführt.

Dieser Weg scheint uns gangbar und richtig zu sein. Der nach

wie vor bestehende Reiz für Minderheiten, das Recht der Volksinitiative einzig zu Propagandazwecken auszuschöpfen, würde gedämpft. Gleichzeitig bliebe aber das in der Welt einmalige, direkte Mitspracherecht des Volkes in unserer Demokratie unangetastet.

Sondernummern der «Politischen Rundschau»

## Asylpolitik und Totalrevision der Bundesverfassung

An ihrem diesjährigen Parteitag in Montreux beschäftigte sich die FDP der Schweiz mit der Asylpolitik sowie der Totalrevision der Bundesverfassung. Mit Blick auf diese Aussprachen wurden Materialien zusammengetragen und mit den Referaten vom Parteitag in Sondernummern der «Politischen Rundschau», der von der FDP der Schweiz herausgegebenen Vierteljahresschrift, publiziert.

Bitte senden Sie mir

Exemplare à Fr. 5.- «Politische Rundschau» zur Asylpolitik

Exemplare à Fr. 5.- «Politische Rundschau» zur Totalrevision der Bundesverfassung

Name \_\_\_\_\_

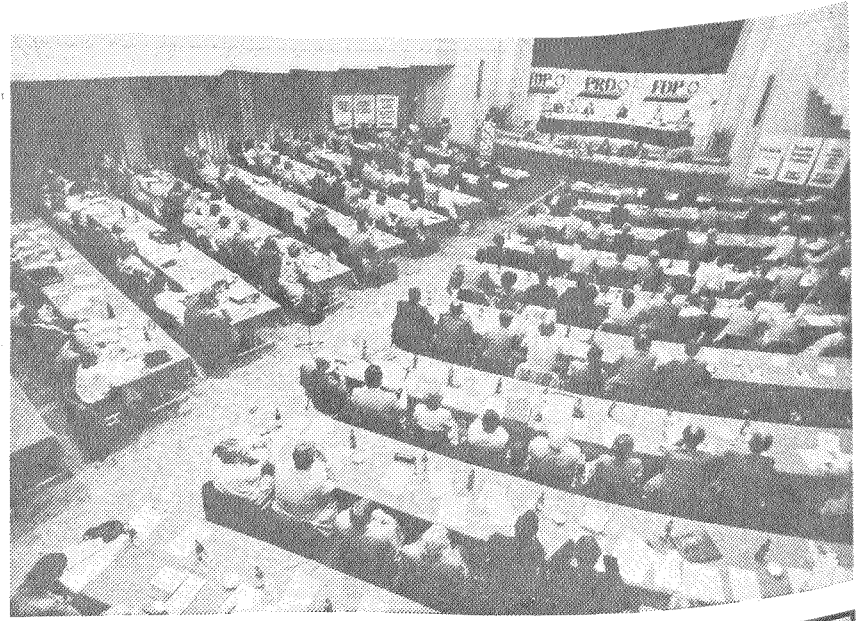
Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

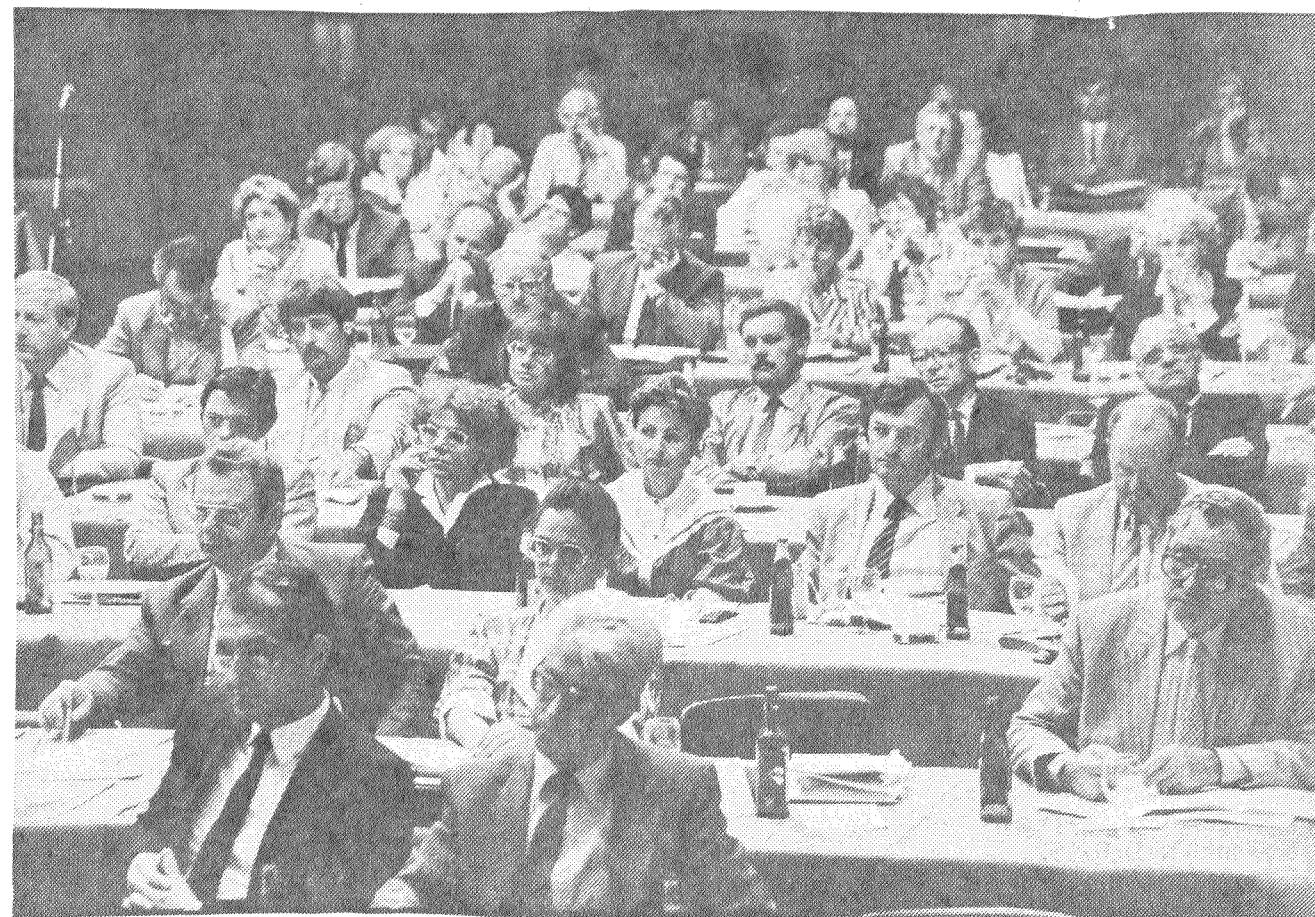
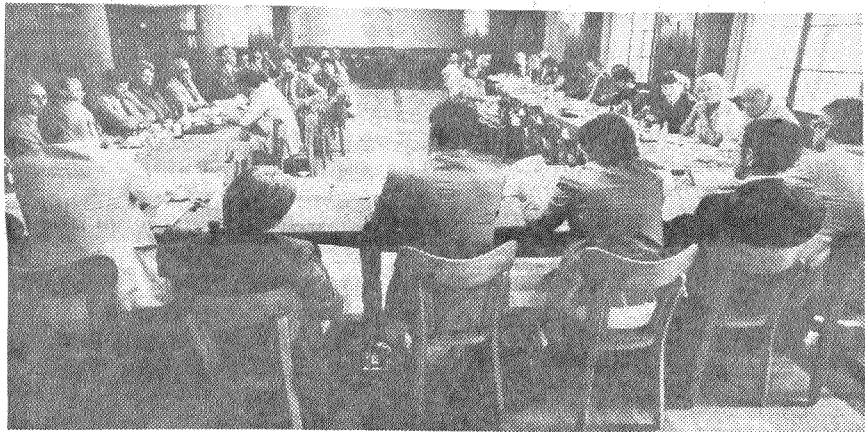


Zwei freisinnige Standesherren im Gespräch miteinander: Der Zürcher Riccardo Jagmetti (links) mit dem Ausserrhodener Otto Schoch. (Photo ruti)

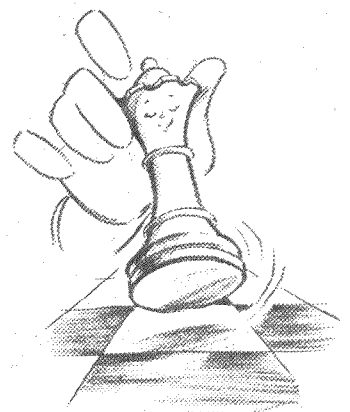


An der FDP-Tagung über die neuen Technologien bestand die Möglichkeit, sich an zwei konkreten Demonstrationsobjekten über die Entwicklung in diesem Sektor orientieren zu lassen: Ein Meteosat-Empfangsgerät übermittelte laufend Bilder des Wettersatelliten, und die Schweizerische Depeschagentur stellte ihre Informationsbank vor. Von dieser Information aus erster Hand profitierten auch Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz und Parteipräsident Nationalrat Dr. Bruno Hunziker, die sich auf dem Bild links die Informationsbank erläutern lassen. Wie die Photos oben sowie ganz unten belegen, fanden sich zahlreiche Interessierte zur Tagung ein.

Das Bild links in der Mitte zeigt eine Arbeitsgruppe an der Arbeit. Um keine Zeit zu verlieren, wurde auf ein Mittagessen verzichtet: Die Teilnehmer konnten sich «fliegend» verpflegen, wie das Bild links in der Mitte demonstriert. Auf dem Bild unten sind Mitglieder der Geschäftsleitung sowie Referenten zu erkennen (v. l. n. r.): Nationalrat Dr. Felix Auer (BL), Dr. Hans Weber (TG), Nationalrat Ernst Mühlemann (TG), Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi (ZH), Parteipräsident Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (AG), Generalsekretär Hans-Rudolf Leuenberger sowie am Rednerpult Michel Margot (VD).  
(Photos ruti)



DOB



DANK EINER KLUGEN ANLAGEPOLITIK  
KÖNNEN WIR SIMULTAN AN DEN  
WICHTIGSTEN FINANZPLÄTZEN DER  
WELT DIE BESTEN ZÜGE MACHEN.

Weil wir an den wichtigsten Finanzplätzen der Welt sind  
und untereinander eng zusammenarbeiten, können wir klüger kombinieren  
und im richtigen Moment den richtigen Zug machen.  
Das ist die Fine Art of Banking.

JB<sup>o</sup>B  
BANK JULIUS BAR  
THE FINE ART OF BANKING  
Zürich London New York